

Dokumentation

## ZUR POLITIK SCHLEICHERS GEGENÜBER DER NSDAP 1932

Die unterschiedlichen Meinungen über die Politik des Reichswehrministers von Schleicher während der Amtszeit des Kabinetts von Papen (1. Juni – 17. November 1932) sind so alt wie die damaligen Geschehnisse selbst. In den Äußerungen der Mithandelnden und Miterlebenden sind sie zum Teil heute noch erkennbar. Auf der einen Seite wird, etwa in den Rückblicken Papens, ein Bild von der willensmäßigen Geschlossenheit der von dem Vertrauen Hindenburgs getragenen Präsidentsalregierung gezeichnet, deren Weiterarbeit Ende November durch die veränderte Einstellung Schleichers jäh unterbrochen worden sei. Papen war ursprünglich der Meinung gewesen, daß des Generals „politische Konzeption grundsätzlichen Erwägungen entsprang“. „Dieses Mißverständnis“, schreibt er<sup>1</sup>, „enthüllte sich mir erst, als ich . . . entsetzt feststellte, mit welcher Bedenkenlosigkeit Schleicher alles über Bord warf, was wir bisher gemeinsam verkündet hatten. Er vergaß, daß wir sechs Monate lang gepredigt hatten, eine völlig neue, auf christlich-konservativer Grundlage gebildete Regierung auf die Beine stellen zu wollen, mit dem Ziele, der funktionsunfähig gewordenen Weimarer Demokratie einen neuen Charakter durch Verfassungs- und Wahlreform zu geben. Wir hatten Hindenburgs Wort für dieses Programm verpfändet . . .“ Nach der Auffassung Papens schloß dieses Programm eine einheitliche Politik gegenüber den Parteien ein, vor allem in der Bewertung und Behandlung des Problems Hitler.

Andererseits taucht bei den nationalsozialistischen Gegenspielern schon früh die Version von unredlichen Machenschaften Schleichers auf, welche bei den Entscheidungen des Reichspräsidenten störende Auswirkungen gezeitigt, ja überhaupt die im Sommer 1932 erhoffte „nationale Einigung“ Deutschlands unter Führung Hitlers böswillig vereitelt hätten. Nicht Papen sei der Gegner gewesen, sondern Schleicher, der stets die jeweiligen Unterhändler der NSDAP hingehalten und betrogen habe.

Dieser stille Verdacht hatte sich gegen Ende des Jahres, als die Parteiführung von der bevorstehenden Begegnung Papen-Hitler im Hause des Barons von Schröder einen Ausweg aus der politischen Isolierung erhoffte, in hohem Maße verstärkt. Es bedurfte sozusagen nur noch einer Bestätigung aus dem Munde Papens selbst. „Ich hoffe“, schrieb Wilhelm Keppler, einer der Wirtschaftssachverständigen in der Umgebung Hitlers, am 26. Dezember 1932 an Schröder, „daß die Besprechung zu einer weitgehenden Aufklärung der politischen Geschehnisse der letzten Monate führen wird; ich vermute, daß wir den 15. August auch Herrn v. Schl. zu danken haben; in diesem Falle wäre auch eine Aufklärung hierüber besonders dankbar [sic].“ Und am Schluß des Briefes heißt es: „Infolge des 15. August, den der Führer immer als persönliche Niederlage empfand, war seine Stimmung gegenüber Herrn v. P. lange Zeit sehr schlecht. Ich bin bei ihm immer für v. P. und gegen

<sup>1</sup> F. von Papen, *Der Wahrheit eine Gasse*, München 1952, S. 277.

v. Schl. eingetreten; die Stimmung wurde mit der Zeit besser, und er soll dem jetzt geäußerten Wunsch gerne entsprochen haben; ich hoffe, daß es Ihrer Geschicklichkeit gelingt, bei der Besprechung die letzten Hemmnisse zu beseitigen<sup>2</sup>.“ Das Bestreben der Nationalsozialisten ging dahin, im Hinblick auf die künftigen Entscheidungen Hindenburgs unter die Ereignisse des August einen Schlußstrich zu ziehen. Hierzu brauchte man einen Schuldigen, und es traf sich, daß dieser jetzt, um die Jahreswende 1932/33, „wieder“ den Ansprüchen Hitlers im Wege stand, diesmal (wie es schien) gefährlicher denn je. Wir wollen offen lassen, ob diese Dinge in Köln zur Sprache gekommen sind. Der heimliche Wunsch der Parteiführung nach Aufklärung war auch in der Redaktion des „Völkischen Beobachters“ bekannt<sup>3</sup>. Jedenfalls blieb das Verlangen nach dieser ganz bestimmten Information unverändert stark, denn um den 21. Januar 1933 fragte Keppler abermals bei Schröder an: „Bestände jetzt vielleicht die Möglichkeit, durch v. P. beim alten Herren zu erfahren, wie Schl. im August unter vier Augen mit dem alten Herren verhandelte? Sollte Schl. bei den Ereignissen am 13. August dazwischen geschossen haben, so wäre eine entsprechende Erklärung äußerst wichtig, um vertrauensvolle Zusammenarbeit zu erreichen<sup>4</sup>.“

Tatsächlich entstand bei der NSDAP im Laufe des Jahres 1933 das Bild eines politisierenden Generals, behaftet mit der Schuld, daß das „Miteinander“ Hindenburg-Hitler und die „nationale Erhebung“ erst „so spät“ gelangen. An sich steht diese nationalsozialistische Auffassung hier nicht zur Erörterung, doch sind bei ihr Maßstäbe zu erkennen, wie sie seit dem Ende der Weimarer Zeit auch bei der republikanischen Kritik Anwendung gefunden haben. Wir meinen die These von dem grundsatzlosen Intrigantentum Schleichers, die gegenwärtig bis in die Erörterungen über die Rolle der Reichswehr im damaligen Staate vorgedrungen ist. Es wird Aufgabe dieser Dokumentation sein, mit Hilfe bislang unveröffentlichter Stücke diese Art der Beurteilung, in welche praktisch auch die von Papen vertretene Sicht der Dinge einmündet, kritisch zu beleuchten.

Es konnte Schleicher, der nach dem 30. Januar 1933 zurückgezogen lebte, nicht

<sup>2</sup> Schreiben Kepplers an Schröder vom 26. Dezember 1932, Fotokopie des Originals, Mikrofilm im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, MC 4.

<sup>3</sup> Vgl. den Kommentar des „Völkischen Beobachters“, Süddeutsche Ausgabe, vom 7./8. Januar 1933: „Die Dinge dürften sich vielmehr so verhalten, daß umgekehrt Herr von Papen das Bedürfnis fühlte, dem Führer der größten deutschen Partei gewisse interessante Einzelheiten über die Vorgeschichte mitzuteilen, die zum Sturze seiner Regierung im November vorigen Jahres führten. Wenn man dabei an die eigenartigen Umstände denkt, die nach dem formellen Rücktritt der Regierung Papen der Beauftragung des Herrn von Schleicher unmittelbar vorausgingen, so kann man es verstehen, daß der ehemalige Reichskanzler Wert darauf legt, einiges Licht in die Dinge zu bringen und in die Methoden, mit denen man heutzutage Kanzler werden kann...“

<sup>4</sup> Notiz Kepplers für Schröder, undatiert. In der Sammlung der Nürnberger Dokumente als Postskript fälschlich zu einem Schreiben vom 28. November 1932 (Dok. NI-211, ungedr.) eingeordnet. Auf jeden Fall gehört das Stück in das letzte Januardrittel 1933, wahrscheinlich zum 21. Januar. Mikrofilm im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, MC 4.

verborgen bleiben, welche Richtung die zeitgenössische Einschätzung seiner Person zu nehmen drohte. Als gelegentliche Äußerungen über seine vermeintlich verhängnisvolle Rolle in der Presse auftauchten, bemühte er sich daher in dem ihm noch zu Gebote stehenden Rahmen um Richtigstellungen. So entstanden, nachdem Anfang August 1933 und am 30. Januar 1934 Zeitungsaufsätze<sup>5</sup> seinen Unwillen erregt hatten, zwei Antwortbriefe, die erst vor kurzem bekannt geworden sind. Eine Abschrift des ersten, an Staatssekretär Körner gerichteten Schreibens (vom 5. August 1933) gelangte offiziell zu den Akten der Präsidialkanzlei; der handschriftliche Entwurf des zweiten vom 30. Januar 1934 wurde vor längerer Zeit freundlicherweise durch General Dr. Speidel dem Institut für Zeitgeschichte zur Auswertung zur Verfügung gestellt<sup>6</sup>. In beiden Fällen ging es Schleicher darum, daß die offizielle Sprachregelung des „neuen Staates“ die von ihm seit 1930 unternommenen Bemühungen um eine „nationale“ Politik, betrieben im Verein mit dem Reichspräsidenten und im Wechselspiel mit der NSDAP, in angemessener Weise zur Kenntnis nehmen sollte.

## Nr. 1.

1933 August 5, Neubabelsberg.  
Schreiben des Gen. d. Inf. a. D.  
von Schleicher an den Staatssekretär  
Körner.

Eigenhändige Abschrift Schleichers für Staatssekretär Dr. Meißner. –  
Potsdam, Deutsches Zentralarchiv, Büro des Reichspräsidenten, Bd 47,  
fol. 601f.

Sehr geehrter Herr Staatssekretär!

Da ich meines Wissens nicht die Ehre habe, Sie zu kennen, hat mich der Passus in Ihrem Essener Artikel, der sich mit meiner Person befaßt, außerordentlich überrascht. Wenn ich auch der Auffassung bin, daß die Zeit noch nicht gekommen ist, um die Geschichte jener Zeit zu schreiben – ich fühle jedenfalls nicht den [Beruf] dazu in mir –, so möchte ich zu Ihrer persönlichen Orientierung doch folgendes bemerken:

1). Seit dem Sommer 31 habe ich mich konsequent und unbeirrt für die Heranziehung der NSDAP zur Regierung eingesetzt. Das kann jeder der leitenden Männer jener Periode bestätigen.

2). Vor jenem denkwürdigen 13. August habe ich mich sowohl im damaligen Reichskabinett wie bei mehreren Unterredungen beim Herrn R.Pr. nachdrück-

<sup>5</sup> Interview des Staatssekretär Körners, in: Nationalzeitung [Essen] vom 2. August 1933; G. Schultze-Pfäelzer, Vor einem Jahr, in: Vossische Zeitung vom 30. Januar 1934.

<sup>6</sup> Vgl. H. Krausnick in: Vollmacht des Gewissens, München 1956, S. 194 f. Angesichts der Tatsache, daß die Forschung immer noch zusammenfassender oder rückblickender Selbstzeugnisse Schleichers entbehrt, haben diese Briefe eine gewisse Bedeutung. Schleichers um die Jahreswende 1933/34 begonnenen Aufzeichnungen über die Ereignisse der vorangegangenen Jahre dürften verloren sein; der – wohl kleinere – erhalten gebliebene Teil des anfangs umfänglicheren Nachlasses weist nur sehr wenig Schriftgut dieser Art auf.

lichst für die Berufung Hitlers zum Kanzler eingesetzt. Das werden Ihnen sowohl alle Mitglieder des Kabinetts wie vor allem auch der Vizekanzler von Papen und der Staatssekretär Meißner, die meine Bemühungen unterstützten, bestätigen können.

3). Mir war bisher von einem „erbitterten Kampfe“, den der jetzige Pr. Ministerpräsident vor dem 13. August gegen mich geführt haben soll, nichts bekannt. Er hat mich vielmehr bei jeder Gelegenheit des Gegenteils versichert, und ich habe nicht die g[ . . . ] Veranlassung an der Aufrichtigkeit seiner Versicherungen zu zweifeln. Daß sich dieses Verhältnis später änderte, lag in der politischen Entwicklung begründet und war zwangsläufig. Herr Göring wird Ihnen näheres darüber sagen können.

Abschrift dieses Schreibens lasse ich dem Herrn Staatssekretär beim Herrn R.Pr. und dem Herrn Staatssekretär in der Reichskanzlei zugehen.

Mit der Versicherung der vorzüglichsten Hochachtung habe ich die Ehre zu sein

Ihr sehr ergebener

Kurt von Schleicher.

Nr. 2.

1934 Januar 30, Neubabelsberg.  
Briefentwurf des Gen. d. Inf. a. D.  
von Schleicher an die Schriftlei-  
tung der Vossischen Zeitung.

Fotokopie. – München, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, F 36.

Der Artikel „Vor einem Jahr“ in der Morgenausgabe vom 30. Januar hat mich peinlich berührt, weil ich – ganz abgesehen von den tatsächlichen Unrichtigkeiten – in einem Blatt vom Format der Vossischen Zeitung eine derart verletzende Ausdrucksweise nicht für möglich gehalten hätte. Zur Steuer der historischen Wahrheit bemerke ich:

1). Ich habe die Hitlerbewegung nicht in „meiner halböffentlichen Weise begünstigt“ – ich kann mir übrigens unter dieser wohl ironisch gemeinten Redensart nur wenig vorstellen –, sondern bin seit dem Herbst 30 konsequent und hartnäckig für die Heranziehung der Nationalsozialisten zur Regierung eingetreten.

2). Ich habe im Auftrage des R.Pr. nach dem Rücktritt Brünnings die Verhandlungen mit Hitler geführt, die zu den bekannten Vereinbarungen zwischen dem R.Pr. und Hitler führten. (Aufhebung des SA-Verbots, Neuwahlen, Unterstützung des Kab. Papen)

3). Ich bin nach den Wahlen des 31. Juli 32 nachdrücklich beim R.Pr. für die Kanzlerschaft Hitlers eingetreten. Adolf Hitler hatte mich in stundenlangen Spaziergang auf dem Lande von der Notwendigkeit seiner Kanzlerschaft überzeugt. Die Gegner dieser Entwicklung, deren Einfluß dann zur Absage des 13. August führte, sind mir bekannt, brauchen in dieser Richtigstellung aber nicht genannt zu werden.

4). Von diesem 13. August an habe ich eine Kanzlerschaft Hitlers unter dem R.Pr. Hindenburg nicht mehr für möglich gehalten, weil ich den Widerstand des R.Pr. bzw. seines einzig einflußreichen Beraters für unüberwindlich hielt. In einer persönlichen Aussprache in Neudeck hatte mir der R.Pr. zudem seinen „unumstößlichen“ Willen, Hitler nicht zu berufen, in der ernstesten Weise und mit fast ungnädigen Worten bekanntgegeben. (Der R.Pr. hat an dieser These übrigens bis zum 26ten Januar 33 festgehalten) Ich habe Hitler über meine Beurteilung der Lage nicht im unklaren gelassen und mich deshalb um so mehr bemüht, die Nationalsozialisten wenigstens zur Mitarbeit zu gewinnen.

5). Als ich sehr gegen meinen Willen die Kanzlerschaft übernehmen mußte, weil das Kabinett dem wieder betrauten Papen die Gefolgschaft versagte, blieb mir nach dem unter 4 gesagten nur die Wahl, die Nationalsozialisten zur Mitarbeit oder wenigstens zur Neutralität zu überreden oder den bereits eingeleiteten Wiederaufbau Deutschlands im Kampf durchzuführen. Dahin ging auch die Weisung des R.Pr. Die nicht ungünstigen Aussichten für einen *modus vivendi* mit den Nationalsozialisten waren in dem Augenblick erledigt, als durch Papens hinter meinem Rücken geführten Verhandlungen die Möglichkeit für neue Kombinationen sichtbar wurde. Blieb der Kampf, für den alle Vorbereitungen sorgfältig getroffen waren, und der meiner festen Überzeugung nach zum Erfolg geführt hätte, wenn nicht plötzlich die feierlich zugesagte Unterstützung des R.Pr. ausgeblieben wäre. Daß „der R.Pr. mir die Vollmachten nicht geben würde, war also durchaus nicht vor auszusehen“. Ganz im Gegenteil war ich schon 14 Tage vorher vom R.Pr. zur Auflösung gedrängt worden; ich wollte aber erst alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpfen. Das sind die nüchternen Thatsachen. Ich stelle anheim, ob sie mit den Worten Ihres Artikels „Experimentiercharakter“, „auf Taktiken legen“, „die Gewerkschaften heranlocken“, „Einbruch in die Hitlerpartei“ und „Fiasko“ richtig gekennzeichnet sind. Ich kenne andere Worte des deutschen Sprachschatzes, die derartige Dinge treffender bezeichnen.

6). Noch ein Wort zu Ihrer geringschätzigen Bemerkung über die „generalstäblerische Vorstellung von sozialer Volksgemeinschaft“. Ich bin allerdings der Ansicht, daß seit den Tagen von Scharnhorst und Boyen der nationale und soziale Geist nirgends besser und reiner gepflegt wurde wie in der Armee der allgemeinen Wehrpflicht, und daß die nat.-soz. Bewegung für viele von ihr geschaffenen Dinge die Vorbilder in der Armee gefunden hat. Ja, ich gehe sogar so weit zu behaupten, daß die Hitlerbewegung endgültig nur dann zum Segen unseres Vaterlandes ausschlagen wird, wenn sie an den alten und ewig wahren Erziehungsgrundsätzen der pr.-dtsh. Armee festhält. Ein Kronzeuge für meine Ansichten ist der Minister Goebbels, der sich gerade in letzter Zeit in seinen Vorträgen vor dem Offizierskorps in ganz ähnlichen Gedankengängen bewegt hat.

7). Neu war mir „das bedrohliche Anschwellen der kommunistischen Woge und die sozialrevolutionäre Verschärfung der Volksstimmung von Woche zu Woche“ während meiner Kanzlerschaft, da in den zwei Monaten dieser Kanzlerschaft trotz Aufhebung aller Ausnahmevorschriften kein Schuß gefallen ist und auch sonst außer dem bekannten nat.-soz. Agitationslärm völlige Ruhe herrschte. Ich war bisher der Auffassung, daß wir dem Kommunismus seit dem Kriege nie so fern waren, wie in der 2ten Hälfte des Jahres 1932 – abgesehen natürlich vom 3. Reich, in dem es ja keinen Kommunismus mehr gibt.

Im allgemeinen pflege ich auf Zeitungsartikel nicht zu reagieren, zumal eine Richtigstellung aus staatspolitischen Gründen nicht möglich ist und einer späteren Zeit vorbehalten werden muß. Im vorliegenden Falle mußte ich aber Stellung nehmen, weil ihr Artikelschreiber sich ausdrücklich auf genaue Quellenkenntnis beruft.

v. Schleicher.

Aus dem Inhalt beider Schreiben heben sich als zwei Schwerpunkte der dort geschilderten Entwicklung heraus: einmal die Vorgeschichte und die Konsequenzen

<sup>7</sup> Die an dieser Stelle von Schleicher bestrittene Wendung bei Schultze-Pfaelzer (Voss. Zeitung) lautet: „Daß ihm der Reichspräsident die Vollmacht zu neuer Reichstagsauflösung nicht geben wird, ist schon vor auszusehen.“



des 13. August 1932, als Hitler den ihm angebotenen Posten eines Vizekanzlers ablehnte, zum anderen die Umstände, welche am 2. Dezember 1932 zur Kanzlerschaft Schleichers führten. Darüber hinaus stellt sich die Frage, inwieweit die Auffassungen des Generals bereits seit dem Sommer 1932 von denen Hindenburgs und Papens abwichen.

Während des Wahlkampfes zum 31. Juli war es den Nationalsozialisten hauptsächlich um die Erringung einer zahlenmäßigen starken Position gegangen, um von dieser aus den künftigen Machtanspruch anmelden zu können. Bislang war der Name Hitlers in Verbindung mit dem Amt des Reichskanzlers kaum genannt worden. Nachdem der Wahlausgang die NSDAP zur stärksten Partei gemacht hatte, schien bei ihrer Führung zunächst Unsicherheit zu bestehen, bei wem und in welchem Rahmen Gespräche darüber angeknüpft werden könnten.

Von dem Entschluß Hitlers, sich in etwaigen Verhandlungen als Kanzlerkandidat zu präsentieren, erfuhr das Reichswehrministerium erstmals am 3. August durch einen Besuch des durch die Feme-Prozesse bekanntgewordenen Oblt. a. D. Schulz, beim Chef des Ministeramtes, Oberst von Bredow. Schleicher besichtigte an diesem Tage die Infanterieschule in Dresden, Papen war zu einem kurzen Urlaub nach Wallerfangen gefahren. Es ist nicht bekannt, ob Schulz im Auftrage seines politischen Freundes Gregor Strasser vorsprach; immerhin versicherte er Bredow nach einer langen Unterhaltung, „daß er mit Strasser und Göring versuchen wolle, Hitler von seinem Vorhaben abzubringen“<sup>8</sup>.

Nun war in diesen Tagen die Einstellung der Reichsregierung gegenüber den radikalen Parteien und deren Kampfverbänden besonders ablehnend, ja gereizt. Die politischen Ausschreitungen hatten ein nicht mehr zu ertragendes Maß längst überschritten. Ende Juli war in Berlin bekannt geworden, daß die SA für die Zeit der Wahl und unmittelbar danach Dinge plante, die auf eine umfangreiche Bewaffnung und Gewaltakte hinausliefen; auf „ausdrücklichen Wunsch“ Bredows waren Göring und Röhm im Wehrministerium erschienen und mußten sich sagen lassen, daß die SA bei ungesetzlichen Maßnahmen auf die Machtmittel von Reich und Staat stoßen würde<sup>9</sup>. Seit dem Altonaer Blutsonntag (17. Juli) bestand trotz der Burgfriedensverordnung eine bürgerkriegsähnliche Situation, die am 1. August durch weitere schwere Vergehen in Königsberg und Hamburg einen Höhepunkt erreicht hatte.

So begannen am 4. August, als Hitler von München nach Berlin fuhr, „um bei General Schleicher seine Forderungen anzumelden“<sup>10</sup>, im Reichskabinett unter dem Vorsitz des Reichsinnenministers Frhr. von Gayl Beratungen über eine Verordnung gegen den politischen Terror. An ihnen nahm Bredow in Vertretung Schleichers teil. Sie zogen sich bis zum 6. August hin, ohne daß Endgültiges beschlossen

<sup>8</sup> Kurzorientierung des Ministeramtes vom 3. August 1932. Fotokopie im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Fa 72, Bd 1, fol. 61.

<sup>9</sup> Aktennotiz Bredows vom 26. Juli 1932, Fotokopie im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Fa 72, Bd 1, fol. 47 f.

<sup>10</sup> J. Goebbels, Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei, München 1934, S. 138.

werden konnte. Nach den Notizen Bredows war Schleicher jeweils am Abend des 4. und 5. August wieder in Berlin, um dem Oberst in Sachen der „laurig“ geführten Besprechungen Anweisungen zu geben; anschließend scheint er mindestens bis zum Wochenende seinem Ministerium ferngeblieben zu sein.

Der Grund für diese Abwesenheit war die Begegnung mit Hitler. Als Schleicher, sei es durch die Presse, sei es durch den Besuch Schulz', von den Kanzlerwünschen Hitlers erfahren hatte, war er noch bestrebt, diesem „das“ auszureden<sup>11</sup>. Die Zusammenkunft dürfte am 5. August stattgefunden haben<sup>12</sup>. Dem General gegenüber wurden folgende Ansprüche präzisiert: Regierungsführung und Innenministerium (diese beiden Ämter auch in Preußen), „Volkserziehung“, Landwirtschaft, Luftfahrt und Justiz. Schleicher gewann bei oder nach diesem Gespräch (über dessen Ort die Meinungen auseinandergehen<sup>13</sup>) die Überzeugung, daß eine starke Beteiligung der NSDAP an der Regierung gewagt werden müsse; zeitgenössischem Schrifttum zufolge hätte er sogar seine Bedenken bezüglich einer Kanzlerschaft Hitlers zurückgesetzt<sup>14</sup>. Auch der Eindruck seiner Mitarbeiter im Wehrministerium ging dahin, daß der Minister geradezu entschlossen war, sich für eine derartige Lösung stark zu machen<sup>15</sup>.

Zu Beginn der zweiten Augustwoche spitzte sich die Lage erneut zu. Schleicher hatte (vor dem 9. August) mit Strasser gesprochen<sup>16</sup>; vom Inhalt der Unterhaltung wissen wir nichts. Die Tatsache dieser Verhandlungen jedoch, das Bewußtsein einer bevorstehenden „Entscheidung“ und andererseits das permanente Mißtrauen auf seiten der NSDAP versetzte jetzt Funktionäre wie SA in einen Doppelzustand von Siegestrunkenheit und fragwürdiger „Bereitschaft“. In Berlin verließ

<sup>11</sup> So die Erinnerung des Gen.Maj. a. D. von Holtzendorff: „... war Schleicher zunächst entsetzt und sagte uns in der üblichen kleinen Morgenbesprechung: ‚Das ist unmöglich, der Alte Herr macht das nie. Ich werde versuchen, ihm das auszureden.‘“ Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 248, fol. 12.

<sup>12</sup> Dieses Datum erscheint in den Notizen Bredows für eine Amtschef-Besprechung in der Heeresleitung am 15. August 1932, a.a.O., Bd 2, fol. 91. Vgl. auch J. Goebbels, a.a.O., S. 139, wonach Hitler am 6. August auf den Obersalzberg zurückkehrte.

<sup>13</sup> R. Fischer, Schleicher, Mythos und Wirklichkeit, Hamburg 1932, S. 50; K. Heiden, Geburt des Dritten Reiches, Die Geschichte des Nationalsozialismus bis Herbst 1933, Zürich 1934, S. 77; W. Görnitz, Hindenburg, Bonn 1953, S. 380.

<sup>14</sup> R. Fischer, a.a.O., S. 50; E. von Schmidt-Pauli, Hitlers Kampf um die Macht, Der Nationalsozialismus und die Ereignisse des Jahres 1932, Berlin 1933, S. 85.

<sup>15</sup> Notizen Bredows (vgl. Anm. 12), a.a.O., Bd 2, fol. 90 (= Dok. Nr. 4). Ferner Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 218, fol. 2 f. und Nr. 248, fol. 6 und 12. Danach die Äußerung Schleichers nach seiner Rückkehr: „Es ist mir leider nicht gelungen, Hitler von seiner Kanzlerforderung abzubringen. Insofern hat er meine Argumente auch entkräften können, als bei dem Führerprinzip in seiner Partei – selbst wenn einige Minister von der Partei gestellt würden, diese doch immer seine Genehmigung einholen müßten und dadurch praktisch keine Arbeit im Kabinett zustande kommen könne. Ich muß also nunmehr versuchen, den Alten Herrn zu einer Kanzlerschaft Hitlers zu bekommen“ (Zeugnis Holtzendorff).

<sup>16</sup> W. Görnitz, a.a.O., S. 381, offenbar nach einer Aktennotiz (Meißners?) aus dem Nachlaß Hindenburg.

die SA „ihre Arbeitsplätze, um sich bereit zu machen“, die Straße das Gesetz des Handelns bestimmen zu lassen<sup>17</sup>. In Ostpreußen und Schlesien kam es zu neuen Übergriffen, darunter der bekannten Mordtat von Potempa<sup>18</sup>. Nach beschleunigtem Abschluß der Vorberatungen erhielt Papen, am 9. August von Wallerfangen zurückgekehrt, aus Neudeck die fernmündliche Zustimmung für den Erlaß der Verordnung gegen den politischen Terror, welche die Todesstrafe für schwere Vergehen vorsah und die Bildung von Sondergerichten zur Folge hatte.

Kurz darauf traf der Reichspräsident in Berlin ein. Am Vormittag des 10. August hielt Papen bei ihm Vortrag und stieß bei Erwähnung der Wünsche Hitlers sofort auf Ablehnung. Hindenburg war fest entschlossen, an der bestehenden Präsidialregierung festzuhalten. Nachmittags fand eine Ministerbesprechung statt, während deren zweiten Teil Papen und Schleicher sich zur politischen Lage äußerten.

### Nr. 3.

1932 August 10, Berlin. Niederschrift über eine Ministerbesprechung (Auszug).

Mikrofilm des Or. (Akten der Reichskanzlei) – München, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, MA 88, fol. D 790 526 ff.

## 2. Politische Lage.

Der Reichskanzler<sup>19</sup> teilte mit, daß er dem Herrn Reichspräsidenten am Vormittage über die politische Lage Bericht erstattet habe. Auf die Frage des Herrn Reichspräsidenten, wie der Reichskanzler die gegenwärtige Lage auffasse, habe er in dem Sinne geantwortet, daß die Reichsregierung von dem Reichspräsidenten mit dem bestimmten Auftrag eingesetzt worden sei, eine Synthese der nationalen Elemente zu schaffen. Zu diesem Zweck habe die Reichsregierung Neuwahlen zum Reichstag veranlaßt. Der Ausgang dieser Wahl habe das Vorgehen der Reichsregierung gerechtfertigt. Die Stimmenzahl der Nationalsozialisten habe eine gewisse Höhe erreicht. Im Wahlkampf seien den Nationalsozialisten alle Chancen zugestanden worden, sich weiter zu entwickeln. Ihr wahres Kräfteverhältnis stehe nunmehr fest. Jetzt handele es sich darum, das Fazit aus der Neuwahl zu ziehen und die Rechtsbewegung an den Staat heranzuziehen. Es sei die Frage zu lösen, wie diese Heranziehung zu gestalten sei. Bei den Nationalsozialisten sei eine gewisse Enttäuschung unverkennbar, daß sie trotz stärkster Propaganda nur  $37\frac{1}{2}\%$  der Wählerstimmen auf sich vereinigt hätten. Die Bewegung dränge nunmehr dahin, durch gewaltsame Vorstöße das zahlenmäßige Manko auszugleichen. Die Terrorakte der letzten Zeit seien ein Teil dieses Planes. Die nationalsozialistische Presse schreibe ja offen, unter Hinweis auf die schweren Ausschreitungen, daß nur Hitler die öffentliche Ruhe wieder herstellen könne und daß man ihn daher an die Staatsführung heranlassen müsse. Dieselbe Presse schreibe auch, daß die Nationalsozialisten nicht daran

<sup>17</sup> J. Goebbels, a.a.O., S. 140 ff.; E. von Schmidt-Pauli, a.a.O., S. 88 ff.; J. K. von Engelbrechten, Eine braune Armee entsteht, Die Geschichte der Berlin-Brandenburger SA, Berlin 1937, S. 238.

<sup>18</sup> Vgl. hierzu P. Kluge, Der Fall Potempa, in dieser Zeitschrift 5 (1957), S. 279 ff.

<sup>19</sup> Franz von Papen.



dächten, in ein farbloses Kabinett einzutreten, daß sie vielmehr die Staatsführung restlos für sich beanspruchen. In der Tat scheine es nötig, die Bewegung in die verantwortliche Staatsführung mit hineinzunehmen. Man müsse die Führer festlegen und dürfe die Bewegung nicht im Rücken haben; sonst bedeute sie für die Reichsregierung ein ständiges Hemmnis. Die Frage sei also, ob man einen Mittelweg finden könne, zwischen der Beibehaltung eines Präsidialkabinetts und den Wünschen der Nationalsozialisten auf Übernahme der Staatsführung. Über diese Frage werde in den nächsten Tagen mit den maßgebenden Stellen verhandelt werden müssen. Zunächst habe er für den Abend Geheimrat Hugenberg zu einer Besprechung gebeten; für den folgenden Tag sei eine Aussprache mit Vertretern des Zentrums, dem Reichstagsabgeordneten Joos und dem Württembergischen Staatspräsidenten Bolz vorgesehen. Er wisse, daß das Zentrum wahrscheinlich bereit sei, mit den Nationalsozialisten eine Koalition einzugehen. Das Zentrum würde sich eventuell auch mit einer Berufung Hitlers zum Reichskanzler abfinden. Es werde sogar möglicherweise nichts dagegen haben, wenn Hitler in Personal-Union den Posten des Preußischen Ministerpräsidenten mitverwalte. Volle Klarheit werde wohl aber erst die morgige Aussprache ergeben. Ferner müsse auch Hitler offiziell gehört werden.

Die wesentlichen Aufgaben des Reichskabinetts für die nächste Zukunft erblicke er in folgendem:

- 1). Regelung des verfassungsrechtlichen Verhältnisses Reich-Preußen,
- 2). Wahlrechtsreform und Schaffung einer ersten Kammer,
- 3). Verwaltungsreform im Reich und in Preußen.

Die Inangriffnahme des ersten Punktes werde sicherlich große Schwierigkeiten bieten, wenn etwa Hitler Reichskanzler werden sollte. Die süddeutschen Länder würden höchstwahrscheinlich nicht bereit sein, diesen Fragenkomplex unter nationalsozialistischer Führung in Angriff zu nehmen.

Der Reichswehrminister<sup>20</sup> führte aus, er sähe für die zukünftige Gestaltung der Dinge zwei Möglichkeiten:

- 1). Entweder stelle sich das gegenwärtige Kabinett auf Kampf ein, indem es in unveränderter Zusammensetzung auf dem Posten bleibe mit der Hoffnung, durch sachliche Leistungen auf lange Sicht doch die Mehrheit hinter sich zu bringen, der es auf die Dauer bedürfe, oder
- 2). es verhandle mit den Nationalsozialisten über die Hinzuziehung von Mitgliedern dieser Partei in die Reichsregierung in irgend einer Form.

Die Entscheidung zugunsten der ersten Alternative bringe das Reichskabinett in eine schwierige Lage beim Zusammentritt des Reichstags. Wahrscheinlich würden alle Parteien sich gegen die Regierung aussprechen mit alleiniger Ausnahme der Deutschnationalen.

Als Konsequenz müsse man sodann feststellen, daß es auf absehbare Zeit keine Möglichkeit für eine Regierungsmehrheit gebe, d. h., daß die im Amt befindliche Regierung die Geschäfte weiterführen müsse. Für diesen Fall wolle er ganz besonders betonen, daß eine Gefahr, daß die Machtmittel des Staates nicht voll hinter der Regierung stünden, nicht mehr bestehe. Die Wehrmacht und die Polizeikräfte würden restlos zu Gunsten der Regierungsgewalt funktionieren, weil man hier nicht mehr das Empfinden habe, daß eine nationale Bewegung unterdrückt werde. Vielmehr sei man überzeugt, daß jeder politischen Richtung in Deutschland eine faire Chance, sich durchzusetzen, gegeben worden sei. Die Wehrmacht insbesondere werde bereit sein, notfalls gegen jeden vorzugehen, der sich der Regierungsautorität

<sup>20</sup> Kurt von Schleicher.

widersetze. Aber auch diese Lösung berge große Schwierigkeiten in sich. Beim Zentrum sei eine starke Neigung vorhanden, über das gegenwärtige Kabinett hinweg, mit den Nationalsozialisten wegen einer Mehrheitsbildung zu verhandeln. Einstweilen sei das Haupthindernis für eine erfolgreiche Verhandlung Hitler selbst, der ein Verhandeln mit dem Zentrum ablehne. Sollte aber eine Einigung zwischen dem Zentrum und den Nationalsozialisten und damit eine parlamentarische Mehrheit im Reichstag zustande kommen, werde dies zu einer Präsidentenkrise führen, denn der Reichspräsident sei nicht gewillt, sich von einer derartigen Koalition ein Kabinett vorschreiben zu lassen.

Die andere Möglichkeit, mit der das Kabinett zu rechnen habe, sei die Einbeziehung der Nationalsozialisten in die jetzige Reichsregierung. Gewiß würde es die einfachste Lösung bedeuten, wenn man einige Nationalsozialisten in das Kabinett aufnehmen könne. Auf diesem Wege werde man aber wahrscheinlich nicht sehr weit kommen, da man unbedingt Wert darauf legen müsse, Hitler selbst zur Verantwortung heranzuziehen. Dieser aber werde im Interesse seiner Bewegung entscheidendes Gewicht darauf legen müssen, den obersten Posten zu besetzen.

Zunächst müsse man sehen, wie weit man mit den in Aussicht genommenen Verhandlungen komme. Alsdann müsse sich das Reichskabinett entscheiden, welcher Weg gegangen werden müsse.

Der Reichsminister des Innern<sup>21</sup> erklärte, die Reichsregierung müsse damit rechnen, daß in den nächsten Monaten außergewöhnliche Schwierigkeiten zu überwinden seien. Zu den Nationalsozialisten zähle nur ein starkes Drittel der Wähler. Zudem komme es auf die Zahl der Wähler allein nicht an, da sich unter diesen sehr viele Mitläufer befänden. Man dürfe die in der Wahlziffer zum Ausdruck kommende Stärke nicht überschätzen. Die in der SPD organisierte Arbeiterschaft, zusammen mit den Kommunisten, sei kaum weniger stark. Zwischen diesen beiden Säulen stehe das Zentrum als geschlossene Macht. Wenn in Deutschland eine von den Nationalsozialisten geführte Regierung ans Ruder kommen würde, werde dies einen erbitterten Widerstand auf der Linken auslösen. Die Kommunisten würden sich vollständig auf Organisierung einer antifaschistischen Front verlegen. Ein erbitterter Kampf mit Terrorakten von noch nicht dagewesener Stärke würde die Folge sein. Beruhigend sei allerdings die Versicherung des Reichswehrministers, daß die Wehrmacht nicht einseitig den Nationalsozialisten zur Verfügung stehen werde. Andererseits aber würden den Nationalsozialisten, wenn sie die Regierungsgewalt in Händen hätten, die großen staatlichen Machtmittel zur Verfügung stehen. Man werde es wahrscheinlich erleben, daß für die bisherige Unterdrückung der Nationalsozialisten einseitig Rache genommen werde. Denn, daß eine Regierung über den Parteien stehen müsse, würden die dann verantwortlichen Nationalsozialisten noch nicht ganz begriffen haben.

Ferner werde sich unter den politisch unruhigen Verhältnissen die deutsche Wirtschaftslage auch erheblich verschlechtern. Schließlich glaube er auch nicht, daß ein nationalsozialistisches Kabinett die notwendige Form des Verhältnisses des Reichs zu Preußen durchführen werde. Deshalb sei er grundsätzlich der Meinung, daß die jetzige Reichsregierung auf ihrem Posten ausharren müsse. Fraglich sei nur, ob die Reichsregierung diesen Entschluß durchhalten könne, d. h. ob es möglich sei, die Nationalsozialisten mit zur Verantwortung heranzuziehen, ohne den jetzigen Charakter der Regierung in das Gegenteil zu verkehren. Der Charakter des Kabinetts werde nach seiner Meinung aufgehoben, wenn es mit Nationalsozialisten durchgesetzt werde. Man komme dadurch zu der Parlamentsherrschaft mit

<sup>21</sup> Wilhelm Frhr. von Gayl.

allen ihren Fehlern zurück. Wenn es dazu kommen sollte, daß die Nationalsozialisten sich mit dem Zentrum einigten, werde eine Krise in absehbarer Zeit unausbleiblich folgen, denn er halte es für ausgeschlossen, daß das Zentrum auf lange Sicht mit den Nationalsozialisten auskommen könne. Wenn man es aber ablehne, die Nationalsozialisten in die Reichsregierung hereinzunehmen, werde das jetzige Kabinett einen Kampf auf Leben und Tod zu führen haben. Letzten Endes bedeute dies eine Revolution von oben. Das Kabinett werde durchzuhalten haben, bis sich die Leistung durchgesetzt habe. Es gebe dann nur die Möglichkeit, den Reichstag erneut aufzulösen und Neuwahlen einstweilen zu vertagen. Neuwahlen dürften nur dann stattfinden auf Grund eines neuen zu oktroyierenden Wahlgesetzes. Die Regierung müsse so handeln, wie es das Gewissen ihr vorschlage und wie es für das Volk das beste sei. Zweifellos komme man mit der Verfassung in Konflikt, aber das zu vertreten sei in letzter Linie Sache des Herrn Reichspräsidenten. Zusammenfassend meinte er, daß man zunächst den Weg der Verhandlung versuchen müsse. Dabei müsse ein schroff ablehnender Standpunkt vermieden werden.

In weiten Kreisen herrsche die Auffassung vor, daß die Beibehaltung des jetzigen Kabinetts die erträglichere Lösung sei gegenüber der Alternative, den Nationalsozialisten die volle Herrschaft zu überlassen. Wenn die Verhandlungen nicht zu einem befriedigenden Ergebnis führen sollten, müsse man an den Herrn Reichspräsidenten herantreten, mit der Frage, ob er bereit sei, die politischen Verhältnisse mit dem gegenwärtigen Kabinett zu meistern.

Der Reichsminister des Auswärtigen<sup>22</sup> schloß sich den Ausführungen des Reichsministers des Innern vollinhaltlich an. Er wies darauf hin, daß die nationalsozialistische Bewegung in Süddeutschland bei weitem nicht den Rückhalt habe wie in Norddeutschland. Vom außenpolitischen Standpunkt aus betrachtet, werde die Herrschaft der Nationalsozialisten den deutschen Ruin bedeuten. Gewiß werde das Ausland sich mit den gegebenen Verhältnissen abfinden und mit den Nationalsozialisten verhandeln. Mit dem politischen Kredit Deutschlands sei es dann aber letzten Endes aus. Seine Meinung gehe daher dahin, daß das Kabinett den Kampf aufnehmen und auf dem Posten verbleiben müsse.

...

Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft<sup>23</sup> meinte, jede Regierung, sowohl das gegenwärtige Kabinett wie auch eine nationalsozialistische Regierung, könne wirtschaftlich gut und schlecht regieren. Worauf es in der Hauptsache ankomme, sei Stabilität der Verhältnisse. Er sähe zur Zeit folgende Fragen, über die man sich klar werden müsse: Wie wird sich das Verhältnis des Reichs zu Preußen gestalten? Wie werden sich die SS- und SA-Formationen stellen, je nachdem, ob die Nationalsozialisten an die Regierung kommen oder nicht? Zweifellos wirke sich die Gestaltung der Beziehungen des Reichs zu Preußen auch auf die wirtschaftliche Entwicklung aus. Wenn das jetzige Reichskabinett sich einer nationalsozialistischen Führung widersetze, werde dies von Süddeutschland sicherlich begrüßt werden. Was aber werde sich bei den SS- und SA-Formationen ereignen, wenn die Nationalsozialisten die Regierung in die Hand bekommen würden? Es handele sich um 400 000 Mann, die auf Kampf eingestellt seien. Wenn Herr Hitler Reichskanzler und Herr Strasser Reichsminister des Innern werden sollten, werde es innerhalb der nationalsozialistischen Bewegung sicherlich starke Absonderungen geben. Es würde zu starken Auseinandersetzungen der ruhigeren Elemente mit den übrigen Teilen der Bewegung kommen. Ferner werde man auch mit Auseinander-

<sup>22</sup> Konstantin Frhr. von Neurath.

<sup>23</sup> Magnus Frhr. von Braun.

setzungen zwischen den SA-Formationen und den staatlichen Machtmitteln zu rechnen haben. Fragen müsse man sich auch, ob die Dinge anders aussehen würden, wenn das gegenwärtige Kabinett unverändert im Amte bleibe. Wenn die gegenwärtige Reichsregierung von einem einheitlichen Willen geführt werde, werde man wahrscheinlich den gefährvollen Weg gehen können. Dabei komme es ausschlaggebend darauf an, wie der Reichswehrminister die Einstellung der Wehrmacht zu den SS- und SA-Formationen beurteile für den Fall, daß die Nationalsozialisten nicht zur Regierung kommen sollten.

Der Reichswehrminister erwiderte, daß der Eintritt von Nationalsozialisten in die Reichsregierung zwangsläufig zu Kämpfen der in die Reichsregierung eingetretenen Nationalsozialisten mit den SS- und SA-Formationen führen müsse. Wenn Nationalsozialisten in der Regierung seien, würden diese danach streben müssen, die SS- und SA-Formationen abzuhalftern. Anderenfalls würden diese Formationen weiter wie bisher gestreichelt werden. Jedenfalls halte er für sehr wahrscheinlich, daß die Führer der Nationalsozialisten sich nach dem Eintreten in die Regierung der SS- und der SA-Abteilungen selbst entledigen würden. Sicher lasse sich dies allerdings nicht voraussagen.

Der Reichsminister der Finanzen<sup>24</sup> schloß sich dem Standpunkt des Reichswirtschaftsministers an. Auch er meinte, daß die Wirtschaftskrise gegenwärtig auf dem Boden angekommen sei. In Amerika rechne man für das Frühjahr mit einer langsamen Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Man müsse sich also fragen, ob Deutschland bis dahin wirtschaftlich durchhalten könne. Er sähe nach dieser Richtung sehr schwarz. Die finanzielle Entwicklung in den Ländern und Gemeinden sei nach allem, was er von den maßgebenden Stellen höre, sehr schlecht. Das Schicksal jeder Regierung hänge ausschlaggebend davon ab, ob es ihr gelinge, 2 Millionen Arbeitslose von der Straße wegzuschaffen oder nicht. Die Erreichung dieses Zieles hänge wesentlich davon ab, ob das Vertrauen in eine ruhige politische Weiterentwicklung hergestellt werden könne. Gegen den von dem Herrn Reichsminister des Innern vorgeschlagenen Weg der Lösung der Krise habe er gewisse Bedenken. Wenn die öffentliche Meinung damit rechnen müsse, daß die gegenwärtige Regierung noch nicht endgültig im Sattel sitze, und daß die Nationalsozialisten noch anteporas seien, träte die politische Beruhigung sicherlich nicht ein. Er halte den Eintritt der Nationalsozialisten in die Reichsregierung für weniger gefährlich als das Fortbestehen des ungewissen Schwebezustandes. Wenn man sich frage, ob man den Bürgerkrieg besser vermeide durch das Hineinziehen der Nationalsozialisten oder durch deren Ausschaltung, mit Fortbestand der SS- und SA-Formationen, so müsse er sagen, daß er es für richtiger halte, den Wilddieb zum Förster zu machen, d. h. die Nationalsozialisten in die Regierung hineinzunehmen.

Der Reichsminister der Justiz<sup>25</sup> führte aus, daß der vom Reichsminister des Innern vorgeschlagene Weg, nämlich, daß das jetzige Kabinett unverändert im Amte bleibe, ohne Verstoß gegen die Reichsverfassung nicht gegangen werden könne. Er beurteile die Verhältnisse so, daß im deutschen Parlament mit zwei großen Säulen gerechnet werden müsse, die zahlenmäßig in dem Verhältnis 222 zu 230 ständen (133 SPD + 89 KPD einerseits gegen 230 NSDAP). Die Frage sei also die, ob eine dieser Säulen allein die Regierung tragen könne. Das Schicksal des deutschen Volkes werde durch die Entscheidung bestimmt, welche Idee vom Staat sich letzten Endes durchsetzen werde. Die nationalsozialistische Staatsidee stütze sich stark auf den Vergeltungsinstinkt. Sie wende sich gegen zwei Kategorien

<sup>24</sup> Lutz Graf Schwerin von Krosigk.

<sup>25</sup> Dr. Franz Gürtner.



von Staatsbürgern, 1. gegen die Juden, die für sie das Symbol des Finanzelends seien, und 2. gegen die wirtschaftlichen Sünder, die sie mit dem Schlagwort „Marxisten“ bekämpfen. Wenn man sich entschließen sollte, den von dem Reichsminister des Innern vorgeschlagenen Weg des Fortbestandes des Präsidialkabinetts zu gehen, werde er als Reichsminister der Justiz dem Herrn Reichspräsidenten, auf die zweifellos von diesem zu erwartende Frage nach den verfassungsrechtlichen Möglichkeiten dieses Weges, pflichtgemäß antworten müssen, daß der Weg ohne Bruch der Verfassung nicht gegangen werden könne. Die Entscheidung werde daher letzten Endes bei dem Herrn Reichspräsidenten liegen. Bei der Betrachtung der zweiten Möglichkeit, nämlich der Beteiligung der Nationalsozialisten an der Regierung, sei er davon überzeugt, daß die Einbeziehung der Nationalsozialisten, ohne Übertragung der Führung an sie, ein Wunschbild bleibe.

Der Reichskanzler faßte das Ergebnis der Aussprache dahin zusammen, daß sich alles auf die Frage zuspitze, in welchem Maße man den Nationalsozialisten eine Beteiligung an der Reichsregierung zubilligen müsse, um sie davon abzuhalten, in Opposition zu verharren. Klarheit nach dieser Richtung könne nur durch die zu führenden Verhandlungen geschaffen werden.

Reichskommissar Bracht<sup>26</sup> bemerkte abschließend, daß der gegenwärtige Zustand in Preußen derart sei, daß unbedingt baldigst absolute Klarheit geschaffen werden müsse. Der gegenwärtige Zustand sei auch nur für wenige Wochen nicht mehr haltbar. Die Exekutivbehörden müssen klare Weisung erhalten, woran sie sich in Zukunft zu halten hätten. Gegenwärtig herrsche große Verwirrung. Er sei der Meinung, daß man die Nationalsozialisten in die Regierung hereinnehmen müsse.

Der Reichskanzler schloß die Sitzung mit dem Bemerkten, daß er die übereinstimmende Auffassung des Reichskabinetts dahin verstehe, daß versucht werden müsse, einen Weg zu finden, der dem gegenwärtigen Kabinett so viel an Macht erhalte, als irgend möglich.

Der Reichsminister des Innern bat, noch ausdrücklich festzustellen, daß die Übertragung der Führung an die Nationalsozialisten in keinem Falle hingenommen werden könne.

Der Reichskanzler erwiderte, daß diese Frage nur durch die weiteren Verhandlungen geklärt werden könne.

Für die Niederschrift:  
gez. Vogels.

Aus diesem Protokoll, für das ein Ministerialrat der Reichskanzlei verantwortlich zeichnete, ergibt sich zu Anfang, daß in den Ausführungen Papens wie Schleichers die betont ablehnende Haltung Hindenburgs gegenüber den Ansprüchen Hitlers bereits wirksam geworden war. Beiden ist auch eine Abneigung gegenüber einer Koalitionsmöglichkeit NSDAP-Zentrum unter einem Reichskanzler Hitler gemeinsam. Während Papens Auffassung dahin geht, man müsse einen „Mittelweg . . . zwischen der Beibehaltung eines Präsidialkabinetts und den Wünschen der Nationalsozialisten auf Übernahme der Staatsführung“ finden, deutet Schleicher bereits die Ausweglosigkeit der bevorstehenden Verhandlungen

<sup>26</sup> Dr. Franz Bracht, stellvertretender Reichskommissar in Preußen (seit 20. Juli 1932) und kommissarischer Leiter des preußischen Innenministeriums.



an: „(Hitler) . . . werde im Interesse seiner Bewegung entscheidendes Gewicht darauf legen müssen, den obersten Posten zu besetzen.“

Dem als Nr. 3 oben wiedergegebenen Text haben wir eine andere Überlieferung gegenüber zu halten, die offensichtlich aus dem Nachlaß Hindenburgs stammt und von einer Aktennotiz, vermutlich von der Hand Meißners, herrührt<sup>27</sup>. Bezüglich der Meinungen der einzelnen Minister stimmt sie durchaus mit dem Sitzungsprotokoll überein, gibt aber auch zusätzliche Einzelheiten der Ausführungen Schleichers und läßt ebenfalls klar die Haltung Hitlers erkennen. Nach derselben oder nach einer gleichzeitigen Notiz hat es aber auch den Anschein, als ob Papen am 10. August dem Reichspräsidenten zum Ausdruck gebracht habe, „seine Person spiele keine Rolle, er stelle die Entscheidung dem Reichspräsidenten anheim“<sup>28</sup>.

Da jedoch Hindenburgs Ablehnung feststand und die Entwicklung durch eine erneute Alarmierung der Berliner und ostdeutschen SA erschwert wurde, ging es bei den mit Hitler am 12. und 13. August geführten Verhandlungen praktisch nur mehr um die Vizekanzlerschaft und den Eintritt einiger Nationalsozialisten in das bestehende Kabinett Papen. Für diese Lösung setzten sich Kanzler und Wehrminister bei den Unterhändlern der NSDAP vergeblich ein. Hitlers Art des Auftretens und seine anmaßenden Ansprüche schufen bei allen Beteiligten im Regierungslager eine tiefe Ernüchterung, die eine besondere Schärfe des Kommuniqués und sicher auch des von Meißner angefertigten Protokolls zur Folge hatte. Daß Schleicher im Laufe der Verhandlungen selbst einsah, dem Führer der NSDAP könne höchstens das Amt des Vizekanzlers angeboten werden, und daß er schließlich auch innerlich die Auffassung Hindenburgs und Papens zu seiner eigenen machte, bezeugt Werner von Rheinbaben in Erinnerung an den gemeinsam verlebten Abend des 13. August<sup>29</sup>. Es wäre sehr wohl begreiflich, wenn diese Erkenntnis in den als Nr. 1 und 2 abgedruckten Briefen des Generals ausgelassen worden ist.

<sup>27</sup> W. Görnitz gibt sie folgendermaßen wieder (a.a.O., S. 381): „Am Nachmittag beriet das Kabinett unter dem Vorsitz Papens. Schleicher berichtete über seine Fühlungnahme mit Hitler und Gregor Strasser . . . Hitler wolle Kanzler werden, den Charakter des Präsidialkabinetts jedoch wahren. Als nationalsozialistische Kabinettsmitglieder denke er sich Röhm, Strasser und vielleicht Göring. Schleicher glaubte nicht, er lasse sich mit einigen Ministerposten abspeisen, er beharre auf der Kanzlerwürde. Er hielt den Eintritt der Nationalsozialisten in die Regierung für „diskutabel“, natürlich, setzte er beschwichtigend hinzu, müsse man danach trachten, Hitler von der Übernahme der Kanzlerschaft auf dem Verhandlungswege abzubringen . . .“

<sup>28</sup> W. Görnitz, a.a.O., S. 381. Ähnlich E. von Schmidt-Pauli, a.a.O., S. 87: „. . . Dennoch war er (sc. Papen) bereit, den Plan einer Kanzlerschaft Hitlers zu unterstützen, selbst zurückzutreten und in einem Kabinett unter Führung Hitlers einen anderen Posten, etwa den des Außenministers, zu übernehmen.“ Vgl. hierzu die Stellungnahme von Papens (= Dok. Nr. 7).

<sup>29</sup> W. Frhr. von Rheinbaben, Viermal Deutschland, Berlin 1954, S. 303 f.: „. . . Der Zufall hat es gewollt, daß für den Tag dieser inhaltsschweren Unterredung das Ehepaar Schleicher meine Frau und mich zu einer Autofahrt in den Golfklub Wannsee mit anschließendem Abendessen eingeladen hatte . . . Mit etwa zweistündiger Verspätung fuhren wir los. Schleicher war blaß, sprach kein Wort, und seine Frau bedeutete uns, wir möchten ihn zunächst

In der Führungsgruppe des Reichswehrministeriums war sie jedenfalls noch nicht bekannt, als Oberst von Bredow sich Notizen für die Orientierung der Amtschefs machte. Die nachstehende Niederschrift zeigt noch einmal, daß Schleicher zeitweilig in der Beurteilung der Lage weiter „vorgeprellt“ war als man für „politisch bestrebenswertest [sic]“ gehalten hatte.

## Nr. 4.

1932 August 15, Berlin. Notizen des Obersten von Bredow für eine Amtschef-Besprechung beim Chef der Heeresleitung (Auszug).

Handschr. Or. (Fotokopie) – München, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Fa 72, Bd 2, fol. 90 f.

## 1). Lage.

Wichtigstes u. große Linie aus Presse bekannt. Das politisch Bestrebenswerteste: Einbeziehung der Nazis in Regierung u[nd] z[war] ohne die Grundidee des bisherigen Kabinetts zu verwischen, ist nicht erreicht.

Gründe: a) R. Präs. nicht gewillt, grundsätzl[iche] Änderung jetzigen Kabinetts durchzuführen. Sah in Hitlers Reichskanzlerschaft Übertragung aller Macht an Hitler. Gegen Hi[tler] u. seine üblen Leute.

b) Hitler wollte keine andere Position als Kanzler. Seine Wünsche steigerte er inzwischen.

Stellungnahme: Keine schöne Lage. R[eichs]w[ehr]minister für Kanzlerschaft Hi[tler]s. Strasser „Innen“ u. einige Veränderungen. Einvernehmen mit Papen. Hi[tler] wäre dadurch gezwungen gewesen zu beweisen, ob er regieren kann. Die Bewegung selbst wäre aus ihrer unproduktiven Oppos[ition] herausgezogen zu sachl[icher] Arbeit. Das Zentr[um] hätte toleriert, da ihm auch an dem Herauszerren der n[ational]s[ozialistischen] Opposition gelegen war. D[ie] A[nderen] hätten nicht anders gekonnt, als mitzumachen.

Auf nur Kanzlerschaft, nicht Vizekanzler hatten sich Nazis eingestellt und Hitler festgelegt. Draußenbleiben und dulden konnten sie im Hinblick auf Massen nicht, denen zu viel versprochen war. Gerade die S.A. hatten nach dieser Richtung Beweise ihrer „Macht“ gezeigt.

Auch noch folgende Erwägungen für Minister:

Draußen bleiben: a) Radikalisierung. Explosion. Die wertvolle Bewegung – die guten Bestände – gingen verloren. Hi[tler] zwar Ansicht, daß dazu nicht käme. Er rechnet vielmehr mit Anstieg. Aber ist er Herr?

b) Vereinigung mit Zentrum. Zwar geblufft, aber drohende Gefahr. War allerhand im Gange: Preußen. Hi[tler] aber sagt Blutschande. Aber !!?

Was nun? Nicht klar. „Legale Opposition“. Hitler wird sich verteidigen. Sein

vorn beim Chauffeur sitzen lassen, ohne ihn anzusprechen. Wir begriffen, daß etwas Außerordentliches vor sich gegangen sein mußte, und schwiegen. Als wir im sommerlich dicht bevölkerten Golfklub ankamen, begann es bereits zu dunkeln . . . Schleicher bestellte Sekt, und vor sich hinsprechend, dann immer lauter seine Worte wiederholend, sagte er: ‚Die Entscheidung war doch richtig – man konnte Adolf Hitler die Macht nicht geben.‘ Allmählich taute er auf und wurde ganz der alte, liebenswürdige, lächelnd plaudernde Gesellschafter. Nun erfuhren wir, was im einzelnen geschehen war.“

Schreiben<sup>30</sup>. Versuche, and[ere] ins Unrecht zu setzen. Für uns schwer: Ausn[ahme]-z[u]st[an]d.

Von Regierung: Preußen-Reich, Reichsreform, gegen Arbeitslosigkeit, Arbeitsbesch[affungs]-Programm, Rüstungsprogramm, Freiw[illiger] Arb[ei]tsdienst, Kuratorium für Jugendertüchtigung . . .

...

Nach dem 13. August war Schleicher durchaus bereit, das Präsidialkabinett mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln zu stützen. Sein Ministerium, wenn auch „für uns sehr schwer“, traf hierzu Vorbereitungen, welche die Möglichkeit des Ausnahmezustandes auf Grund des Artikels 48 nicht ausschlossen<sup>31</sup>. Die weitergeführten Fühlungnahmen zwischen der NSDAP und dem Zentrum wurden als störend, ja gefährlich empfunden<sup>32</sup>. Vor dem Kabinett bemerkte Schleicher am 15. August, er sei durch das Ereignis der Besprechungen mit Hitler nicht überrascht worden. Alles komme jetzt auf das richtige taktische Verhalten an, damit „der Gegner im Unrecht bleibe“; auch die Regierung stehe vor dem „taktischen“ Problem, wie sie sich am besten mit dem Reichstage auseinandersetze<sup>33</sup>.

Ende August zeigten sich Hindenburg und sein Kabinett entschlossen, eine von Hitler geführte Koalition NSDAP-Zentrum nicht anzuerkennen. Sie entschieden sich für Auflösung des Reichstages, Hinauszögerung der Neuwahlen über den vorgeschriebenen Termin und den Start der von Gayl bereits ausgearbeiteten Verfassungsreform, – wenn, was sie vorauszusehen glaubten, diese von ihnen so genannte „negative Mehrheit“ zustande kommen und feststehen würde, „daß ein zur Zusammenarbeit mit dem Herrn Reichspräsidenten bereiter Reichstag nicht vorhanden“ sei<sup>34</sup>.

Es sei kurz erwähnt, daß Hitler in diesen Wochen neben dem Kontakt mit dem Zentrum (um notfalls die „Arbeitsfähigkeit“ des Reichstages beweisen zu können) sich um eine zusätzliche Verbindung zum Reichswehrminister bemühte. Hierzu stattete er einen seiner Berater auf wirtschaftlichem Gebiete, Hptm. a. D. Dr. Wage-

<sup>30</sup> Auf Grund des – von Schleicher veranlaßten – besonders scharfen Kommuniqués über die Besprechung Hindenburg-Hitler vom 13. August (vgl. Dok. Nr. 7) hatte Hitler noch am selben Tage ein gleichlautendes Schreiben an Schleicher, Meißner und Planck gesandt und ein von ihm verfaßtes Protokoll beigefügt: „. . . Das heute abend veröffentlichte amtliche Kommuniqué weicht in wichtigsten Punkten so wesentlich von dem tatsächlichen Hergang ab, daß ich nicht zugeben kann, daß die Öffentlichkeit einseitig und unrichtig unterrichtet wird.“ Vgl. Schreiben Plancks an Gayl vom 17. August 1932 (Potsdam, Deutsches Zentralarchiv, Reichsministerium des Innern, Bd 25 705, fol. 165).

<sup>31</sup> Kurzorientierung des Ministeramtes vom 25. August 1932. Fotokopie im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Fa 72, Bd 2, fol. 109.

<sup>32</sup> Notizen Bredows zum 15. August 1932 (vgl. Anm. 12) (= Dok. Nr. 4). Ferner Protokoll der Ministerbesprechung vom 10. August 1932 (= Dok. Nr. 3).

<sup>33</sup> Protokoll der Ministerbesprechung vom 15. August 1932 (Akten der Reichskanzlei), Mikrofilm im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, MA 88, fol. D 790 542 ff.

<sup>34</sup> Niederschrift über eine Besprechung in Neudeck vom 30. August 1932, Abschrift in: Nachlaß Schleicher, Bd 17/IV, fol. 114 ff. (Bundesarchiv Koblenz).

ner, mit besonderen Vollmachten aus<sup>35</sup>. Wagener verfügte über Beziehungen zu Major a. D. von Eberhardt, dem Schriftführer der Offiziersvereinigung des ehem. 3. Garderegiments zu Fuß. Zusammen mit Eberhardt erschien er am 22. August bei Bredow und plädierte für eine neue Aussprache Papens und Schleichers mit Hitler, auf jeden Fall noch vor dem Zusammentritt des Reichstags<sup>36</sup>. Der General ließ jedoch antworten, Wagener solle sich in dieser Sache keine Hoffnungen machen.

Die dramatischen Vorgänge, die zur Auflösung des Reichstags am 12. September führten, brauchen hier nicht näher geschildert zu werden. Unter dem Eindruck der Ereignisse entstand in der Wehrmachtsabteilung die nachstehende Aufzeichnung, gedacht als Materialgrundlage für eine Propaganda im Sinne des Präsidialkabinetts. In dieser Fassung wurde sie Staatssekretär Planck und Reichspressechef Marcks zugeleitet<sup>37</sup>.

## Nr. 5.

1932 September 16, Berlin. Aufzeichnung aus der Wehrmachtsabteilung des Reichswehrministeriums.

Original-Entwurf mit handschr. Korrekturen von der Hand Schleichers und des Oberstlt. Ott. – Koblenz, Bundesarchiv, Nachlaß Schleicher, Bd 17/IV, fol. 141 ff.

**Betrifft: Treubruch der nationalsozialistischen Führung.**

In der Politik der nächsten Zeit wird das Verhältnis des Reichspräsidenten und der Reichsregierung zur Führung der N.S.D.A.P. eine wichtige Rolle spielen.

Die Propaganda für das Präsidial-Kabinett muß deshalb den „Trebuch der nationalsozialistischen Führung“ klarstellen. Dazu ist eine Materialgrundlage zu schaffen, die den Ablauf dieser Dinge darstellt. Sie wird von der Presse-Abt. der Reichsregierung in Zusammenarbeit mit dem Büro des Reichspräsidenten (Staatssekretär und Oberst v. Hindenburg) festzulegen und zu verwerthen sein.

Die anliegenden Notizen sollen die Anregung dazu geben. Sie gliedern sich in zwei Abschnitte:

I. Das Verhältnis der Präsidial-Gewalt zu den Nationalsozialisten.

II. Die Maßnahmen der Präsidial-Gewalt.

Das Verhältnis der Präsidial-Gewalt zu den Nationalsozialisten hat drei Zeitabschnitte durchlaufen:

Die Brüning-Krise.

Die Bildung des Präsidial-Kabinetts v. Papen.

Die Zeit nach der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932.

Während der Brüning-Krise hat sich die nationalsozialistische Führung rückhaltlos bereit erklärt, ein Präsidial-Kabinett zu tolerieren und zu unterstützen. Dafür

<sup>35</sup> Nach den Aufzeichnungen des Gen.Maj. a. D. Dr. Wagener, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, ED 60, H. 33, S. 1933.

<sup>36</sup> Aktennotiz Bredows vom 22. August 1932. Fotokopie im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Fa 72, Bd 2, fol. 103.

<sup>37</sup> Aktennotiz Bredows vom 19. September 1932. Fotokopie im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Fa 72, Bd 3, fol. 7.

sind eine ganze Anzahl Zeugen vorhanden! Der Reichspräsident hatte begründeten Anlaß, sich auf solche Erklärungen zu verlassen und hat mit auf dieser Grundlage seine Entschlüsse getroffen, um eine nationale Außen- und Innenpolitik in Zusammenarbeit mit der nationalen Bewegung zu ermöglichen. Seine Tat war kein Sprung ins Dunkle, wie die Presse der Opposition damals befürchtet hat, sondern das Beschreiten eines vermeintlich wohl gesicherten Weges.

Vor der Bildung des Präsidial-Kabinetts hat der Reichspräsident Hitler empfangen und sich nochmals die Bestätigung dafür geben lassen, daß die nationalsozialistische Führung ein Präsidial-Kabinett während der Wahlen<sup>88</sup> tolerieren würde<sup>89</sup>. Hitler hat für die Zeit nach den Wahlen zugesagt, das Präsidial-Kabinett nicht nur zu tolerieren, sondern sogar zu unterstützen, ohne an seine Zusage Bedingungen für die Beteiligung seiner Partei zu knüpfen.

Dieser Inhalt des Empfangs Hitlers liegt aktenmäßig fest. Der Führer der Nationalsozialisten hat bei aller Freiheit seiner Wahlpropaganda sich an diese Zusage gehalten und dadurch Reichspräsident und Reichsregierung in dem Glauben an seine Loyalität bestärkt.

Nach der Reichstagswahl am 31. Juli 1932 hat der Führer der N.S.D.A.P. seine Haltung grundsätzlich geändert und den Anspruch auf die Führung des Kabinetts erhoben.

Bei einer ersten Fühlungnahme der Reichsregierung zeigte er zunächst eine abwartende Haltung, indem er die Regierung vor die Alternative stellte, daß er sich entweder am Kabinett als Kanzler beteiligt oder ohne jede Beteiligung das Kabinett toleriert. Dabei hat er allerdings darauf hingewiesen, daß diese Tolerierung aus dem inneren Druck seiner Bewegung heraus in spätestens einigen Monaten zur scharfen Opposition übergehen müßte.

Bei der zweiten Fühlungnahme der Reichsregierung ist er zum Angriff übergegangen, indem er sich darauf versteift hat, die Führung der Regierung zu übernehmen. Irgendwelche Vorschläge auf eine Beteiligung seiner Bewegung am Kabinett Papen, z. B. mit drei Ministern, hat er hartnäckig abgelehnt. Diese Forderungen standen im scharfen Widerspruch zu den früheren Zusagen und waren durch keine Maßnahmen des Kabinetts Papen begründet, das in Unterstützung der Nationalsozialisten weit über die Abmachungen hinausgegangen war. Dem Reichspräsidenten mußte der Kurswechsel Hitlers als Treubruch erscheinen und ihn zwingen, die Kanzlerschaft abzulehnen. Er konnte unter diesen Umständen mit Hitler nur in einer nicht führenden Stellung des Kabinetts zusammenarbeiten, in der er ihn kennen lernen und sich vergewissern konnte, ob er sich in Zukunft auf die Zuverlässigkeit seiner Zusagen verlassen konnte. So kam die Entscheidung des Reichspräsidenten vom 15. August 1932 zustande.

#### Die Maßnahmen der Präsidial-Gewalt:

Der Reichspräsident hat entscheidendes Gewicht darauf gelegt, die nationale Bewegung des Volkes im Sinne einer aktiven nationalen Politik für den Staat zu gewinnen. Er hat sich in seiner Erklärung vor der Hindenburg-Wahl zu diesem Willen bekannt und sich von dem Reichskanzler Brüning getrennt, als er mit diesem Kanzler das Ziel nicht erreichen konnte. Er war folgerichtig bestrebt, die Präsidial-Gewalt durch die

<sup>88</sup> „Während der Wahlen“: Gemeint ist die Zeit von der Auflösung des Reichstags (4. Juni 1932) an bis zum Tag der Reichstagswahl (31. Juli 1932).

<sup>89</sup> Gestrichen wurde der ursprünglich hier folgende Satz: „mit dem Vorbehalt, daß ihr die nötige Freiheit für die Wahlpropaganda erhalten bleibt“, auf Grund einer handschriftlichen Randnotiz Schleichers („Das hat man später aus freien Stücken den Nazis zugestanden!“).



nationalsozialistische Bewegung zu untermauern und hat im sicheren Verlaß auf die Zusagen der Nationalsozialisten das Kabinett v. Papen als Kabinett der nationalen Konzentration zur Führung des Staates berufen. Die Erklärungen des Kanzlers, insbesondere die Rundfunkrede des Reichswehrministers haben nachdrücklich betont, daß die Regierung nicht gewillt ist, sich auf eine schmale Minderheit oder auf die Wehrmacht allein zu stützen. Dieser Wille der Präsidial-Gewalt ist nicht zur Auswirkung gelangt durch den Treubruch der nationalsozialistischen Führung.

In der Abwehr gegen den nationalsozialistischen Angriff war die Regierung schließlich zur Reichstagsauflösung gezwungen. Es war der einzige Weg, um die aktive Führung der Staatsgeschäfte zu sichern. Die angebliche parlamentarische Mehrheit zwischen Nationalsozialisten und Zentrum war ein klares Scheinmanöver. Die Vereinbarung reichte über negative Einigungen nicht hinaus. Sie hat weder in personellen Fragen noch in Fragen der aktiven Führung der Geschäfte positive Vorschläge zu machen vermocht. Die wichtigste Frage der Kanzlerschaft war in dieser angeblichen Koalition nicht zu lösen. Hitler hat in keinem Augenblick den Anspruch auf die Kanzlerschaft fallen lassen, der nach Lage der Dinge für den Reichspräsidenten unannehmbar gewesen ist.

Der Reichspräsident und die Reichsregierung haben also auf Grund der Zusage der nationalsozialistischen Parteiführung eine aktive Außen- und Innenpolitik begonnen, die nach der Wahl vom Führer der nationalsozialistischen Partei ohne sachlichen Grund verlassen worden ist<sup>40</sup>.

gez. O 16/9.      gez. vB 16/9.

Im Herbst 1932 distanzierte sich Schleicher mehr und mehr von der Politik Papens. Auf diese Entwicklung kann hier im einzelnen nicht eingegangen werden. Angesichts der beängstigenden Zuspitzung der politischen Situation, der Radikalisierung der organisierten Massen und der von allen Seiten anbrandenden heftigen Kritik, der sich besonders die Verfassungsreformpläne gegenüberstehen, befürchtete Schleicher die Gefahr eines Bürgerkrieges.

Am 17. November hatte Papen, dem es nach den Neuwahlen nicht gelungen war, die Parteien zur Mitarbeit zu bewegen, dem Reichspräsidenten empfohlen, jetzt selbst die Verhandlungen in die Hand zu nehmen. Schleicher gab hierzu den Rat, gleichzeitig solle das Kabinett zurücktreten, um Hindenburg von vornherein die notwendige Bewegungsmöglichkeit zu geben. Mit der erfolgten Demission gewann auch Schleicher ein gewisses Maß an Handlungsfreiheit zurück. Bei den Besprechungen Hindenburgs, die am 18. November begannen, wirkte der General insofern mit, als ihm vom Reichspräsidenten eine Unterredung mit Hitler „genehmigt“ wurde<sup>41</sup> und er beispielsweise zwei Briefe Meißners an Hitler in die endgültige Fassung bringen half<sup>42</sup>.

<sup>40</sup> Gestrichen wurde der letzte Satz: „Die Präsidial-Gewalt war deshalb gezwungen, ihre Politik durch Kampf gegen die nationale Bewegung vor deren Machtansprüchen zu sichern.“

<sup>41</sup> Notizen Bredows für eine Amtschef-Besprechung vom 26. November 1932. Fotokopie im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Fa 72, Bd 4, fol. 129.

<sup>42</sup> Vgl. den von der Hand Schleichers korrigierten Vorentwurf eines Schreibens Meißners an Hitler vom 22. November 1932; ferner das Schreiben Meißners an Schleicher vom 24. November 1932; in: Nachlaß Schleicher, Bd 25, fol. 42–45 und 55 (Bundesarchiv Koblenz).

Die Verhandlungen mit Hitler und den anderen Parteien verliefen ohne Ergebnis. Hindenburg hielt an seinem stillen Plan fest, Papen erneut zu berufen. Einem solchen zweiten Kabinett aber konnte und wollte Schleicher seine Zustimmung nicht geben. So bereitete er sich auf die eigene Kanzlerschaft vor. Sie war von ihm nicht erstrebt worden, ergab sich für ihn jedoch aus seiner Abwehrpolitik gegenüber der NSDAP sozusagen als „ultima ratio“. Darauf bedacht, auf alle Eventualitäten vorbereitet zu sein, hatte er schon am 23. November Hitler gefragt, ob dieser bereit sei, ein Kabinett Schleicher zu unterstützen. Hitler lehnte schroff ab, und der General bekam beim Vortrag obendrein den Ärger des Reichspräsidenten zu spüren, der von dem Gedanken an eine Kanzlerschaft Schleichers wenig entzückt schien und die an Hitler gestellte Frage als voreilig monierte<sup>43</sup>. Dennoch betrieb Schleicher seine Kontakte weiter. Seine ersten Versuche dieser Art betrafen die Gewerkschaften sowie die Gruppen um Dr. Gereke, von welcher aus direkte Beziehungen zu Gregor Strasser und kleineren Zirkeln der NSDAP bestanden. Weitere Fühler wurden nach der SPD ausgestreckt; solche zu Höltermann (Reichsbanner) waren bereits seit Wochen intensiviert worden.

Handfeste positive Ergebnisse konnten natürlich in der Eile der letzten Novembertage kaum erzielt werden. Obwohl Schleicher im stillen bereits auf eine bevorstehende Aktivität Strassers hoffte<sup>44</sup>, versuchte er es doch noch einmal mit Hitler und entsandte zu ihm, der sich weigerte nach Berlin zurückzukehren, den Oberstlt. Ott als Unterhändler. Ott besprach sich am 1. Dezember mit Hitler in Weimar und hatte Schleicher noch keine Orientierung zukommen lassen können, als am selben Tage Hindenburg, auf eine baldige Entscheidung in der Regierungsfrage drängend, Papen und Schleicher zu sich berief.

Hierüber sowie über die Vorgänge, die zur Berufung Schleichers zum Reichskanzler führten, berichtet die nachstehende Niederschrift Meißners.

#### Nr. 6.

1932 Dezember 2, Berlin. Aktennotiz des Staatssekretärs Dr. Meißner über Besprechungen beim Reichspräsidenten von Hindenburg am 1. und 2. Dezember 1932.

Maschinenschr. Or. mit handschr. Einfügungen von der Hand Meißners. – Potsdam, Deutsches Zentralarchiv, Büro des Reichspräsidenten, Bd 47, fol. 486–488.

Am 1. Dezember abends 6 Uhr fand bei dem Herrn Reichspräsidenten eine Besprechung statt, an der Reichskanzler von Papen, Reichswehrminister von Schleicher,

<sup>43</sup> Notizen Bredows für eine Amtschef-Besprechung vom 26. November 1932, a.a.O. (vgl. Anm. 41).

<sup>44</sup> Kurzorientierung des Ministeramtes vom 23. November 1932. Fotokopie im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Fa 72, Bd 4, fol. 125: „... Sie erklärten ausdrücklich und gaben an, hierzu ermächtigt zu sein, daß Strassers Haltung für Hitler nur dem Korpsgeist entspränge. Strasser habe nicht mitgemacht bei Aufsetzung der verschiedenen Briefe und Memoranden der letzten Tage. Er hielte sich bereit, sich persönlich in die Bresche zu werfen, falls aus den Bemühungen Hitlers nichts würde...“

Staatssekretär Dr. Meißner und Oberst von Hindenburg teilnahmen. Nach einem eingehenden Bericht des Reichswehrministers von Schleicher über seine Fühlungnahme mit den Nationalsozialisten und den anderen Parteien ergab sich als einmütige Auffassung aller Beteiligten, daß, zur Zeit wenigstens, Aussicht dafür, daß eine Reichstagsmehrheit ein Kabinett Schleicher tolerieren würde<sup>45</sup>, nicht gegeben sei, daß demgemäß ein Ersatz Papens durch Schleicher keine wesentliche Verbesserung der Lage bedeute und daß ein Kabinett Schleicher ebenso einem Konflikt mit dem Reichstag entgegengehe wie ein Kabinett Papen. Herr von Schleicher glaubte zwar, daß in den nächsten Tagen, wenn man die Entwicklung im Nazi-Lager noch abwarten könne, eine andere Auffassung bei den Nazi zum Ausbruch käme; aber der Herr Reichspräsident erklärte, eine weitere Hinauszögerung der Entscheidung sei für ihn nicht tragbar. Demgemäß entschied sich der Herr Reichspräsident dahin, den bisherigen Reichskanzler von Papen erneut mit der Kabinettsbildung zu betrauen.

Herr von Papen erklärte sich auch bereit, diesen Auftrag anzunehmen unter der Voraussetzung, daß der Herr Reichspräsident ihm für den mit Sicherheit zu erwartenden Konflikt mit dem Reichstag alle präsidialen Rechte zur Verfügung stellen werde. Nach eingehender Darlegung des Unterzeichneten über die verfassungsrechtliche Lage gab der Herr Reichspräsident seine Zusage, im Falle eines Konflikts mit dem Reichstag alle erforderlichen präsidialen Maßnahmen zu ergreifen, um Deutschland vor einem Schaden zu bewahren, der aus einer Verletzung der Pflichten des Reichstags entstehen könnte. – Reichskanzler von Papen behielt sich vor, mit den Mitgliedern seines bisherigen Kabinetts, die er übernehmen wollte, zu sprechen und die Entscheidung des Herrn Reichspräsidenten erst morgen in einer Pressekonferenz mit der erforderlichen Darlegung des bisherigen Ganges der Dinge und der Begründung für diese Entscheidung bekanntzugeben. Bis dahin sollte der Öffentlichkeit keine Mitteilung gegeben werden.

Auf Wunsch mehrerer Mitglieder des Kabinetts berief der Reichskanzler auf heute morgen neun Uhr eine Kabinettsitzung ein. In dieser berichteten Schleicher und der Unterzeichnete über den Gang der bisherigen Verhandlungen und über die Entscheidung des Herrn Reichspräsidenten. Anschließend daran erklärte der Reichsminister der Finanzen Graf Schwerin von Krosigk, er bedauere diese Entscheidung, sie würde im deutschen Volke sehr unheilvoll wirken; es würde eine Kampf Stimmung gegen die Regierung entstehen, und alle Ansätze zur Besserung des Wirtschaftslebens würden durch diese Stimmung vernichtet werden. Es sei daher ganz unmöglich, daß eine neue Regierung Papen die Aufgabe, dem Volk Arbeit und Brot zu verschaffen, erfüllen könnte. Er selbst müsse es unbedingt ablehnen, einem solchen Kabinett anzugehören. Eine Frage des Herrn Reichskanzlers hatte das Ergebnis, daß sämtliche Minister sich gegen die „Lösung Papen“ und für die „Lösung Schleicher“ aussprachen. Nur der Reichsverkehrs- und Reichspostminister Freiherr Eltz von Rübenach erklärte unter Bezugnahme auf Besprechungen, die er mit Männern der Wirtschaft hatte, sich mit der „Lösung Papen“ einverstanden. Anschließend berichtete Oberstlt. Ott im Auftrage des R[eichs]wehrministers über die militärische Lage im Fall eines Generalstreiks u[nd] eines Aufruhrs im Lande<sup>46</sup>.

Reichskanzlers von Papen begab sich hierauf zum Herrn Reichspräsidenten und erklärte ihm, daß er die Regierungsbildung nicht übernehmen könne, nachdem er von den Mitgliedern des bisherigen Kabinetts, auf deren Mitarbeit er gerechnet habe, einhellig Absage bekommen hätte; v. Papen selbst schlug dem Herrn Reichspräsi-

<sup>45</sup> Ursprüngliche Fassung, „daß die Nationalsozialisten oder die Sozialdemokraten ein Kabinett Schleicher tolerieren würden“.

<sup>46</sup> Dieser Satz ist später handschriftlich eingefügt worden.

denten vor, nunmehr den Reichswehrminister von Schleicher mit der Regierungsbildung zu beauftragen. Der Herr Reichspräsident erklärte sich unter besonders herzlicher Betonung seines Vertrauens für Herrn von Papen und seiner Dankbarkeit für die von ihm geleistete Arbeit damit einverstanden.

Anschließend, um 11 Uhr, ließ der Herr Reichspräsident den Reichswehrminister von Schleicher zu sich bitten und erteilte ihm den Auftrag zur Bildung der neuen Reichsregierung. v. Schleicher nahm den Auftrag an. Es wurde alsdann die anliegende Pressenotiz vereinbart<sup>47</sup>.

Berlin, den 2. Dezember 1932.

gez. Ms.

Als letztes Stück lassen wir eine Stellungnahme des früheren Reichskanzlers Franz von Papen folgen, die sich in erster Linie auf den oben abgedruckten Briefentwurf Schleichers an die Vossische Zeitung bezieht, aber auch grundsätzliche Gedanken zu der Politik des Generals aus der Sicht des schließlich zum Gegenspieler gewordenen Freundes bringt.

Nr. 7.

1957 November 12, Obersasbach. Niederschrift  
des Reichskanzlers a. D. Franz von Papen.

Or. – München, Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Zeugenschrift-  
tum Nr. 354, fol. 6 ff.

Bemerkungen zu dem „Entwurf eines Briefes an die ‚Vossische Zeitung‘ vom 30. Januar 1934 des Generals d. Inf. a. D. Kurt von Schleicher“.

General von Schleicher betont eingangs, er müsse zu diesem Artikel des Herrn Schultze-Pfalzer „zur Steuer der historischen Wahrheit“ Stellung nehmen, weil er ihn voller historischer Unrichtigkeiten finde und eine derart verletzende Ausdrucksweise nicht für möglich gehalten hätte. Es wird also festzustellen sein, welche der von dem ehemaligen Reichskanzler für wahrheitswidrig erachteten Darlegungen einer Korrektur unterzogen werden müssen oder welche von ihm selbst wahrheitswidrig behandelt werden.

Zum ersten Absatz<sup>48</sup>: Der Feststellung Schleichers ist vollauf zuzustimmen.

Zum zweiten Absatz<sup>49</sup>: Als Schleicher mich aufforderte, den Kanzlerposten zu übernehmen, sagte er mir, daß Hitler die Tolerierung und Unterstützung meines Kabinetts nach den Wahlen zugesagt habe. Über die Frage „Tolerierung“ oder „Unterstützung“ ist später gegenüber den Nationalsozialisten eine Kontroverse entstanden, weil Hitler sich an keine dieser Zusagen gehalten hat und unmittelbar nach der Kabinettsbildung bereits erklärte, er habe lediglich versprochen, das Kabinett „eine Weile zu tolerieren“.

Ich selbst habe offenbar eine „Unterstützung“ für unwahrscheinlich gehalten und daher auch in meinen Memoiren nur von „Tolerierung“ gesprochen<sup>50</sup>. Entscheidend für meine Zustimmung zu Schleichers Kanzlerangebot war die aus seiner Abmachung

<sup>47</sup> Nicht bei den Akten.

<sup>48</sup> Vgl. oben S. 89.

<sup>49</sup> Vgl. oben S. 89.

<sup>50</sup> F. von Papen, *Der Wahrheit eine Gasse*, München 1952, S. 184 f. und 194 f.

mit Hitler gewonnene Auffassung, daß „der vorläufigen Tolerierung nach der Wahl eine Beteiligung der NSDAP an der Regierung bestimmt folgen werde“<sup>51</sup>. Es war das die Auffassung Schleichers, die er stark unterstrich.

Die Notiz in den Akten des RWM vom 16. September 1932, Hitler habe Ende Mai tatsächlich Schleicher versprochen, das Präsidialkabinett für die Zeit nach den Wahlen „nicht nur zu tolerieren, sondern sogar zu unterstützen, ohne an seine Zusage Bedingungen für die Beteiligung seiner Partei zu knüpfen“, ist wohl nur unter dem Eindruck der skandalösen Vorgänge der Reichstagsauflösung vom 12. September 1932 zustande gekommen<sup>52</sup>.

Nach der heute bekannten „Wahrheitsliebe“ Hitlers kann angenommen werden, daß er Schleicher mit beiden Zusagen vorsätzlich täuschte. Hierzu ist auch die Erklärung Hitlers an Associated Press nach dem 13. August 1932 erwähnenswert, in der er „behauptete, seine Unterstützung nur so lange in Aussicht gestellt zu haben, als meine Regierung ihre Politik in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der NSDAP führen werde“<sup>53</sup>. Man wird schwerlich annehmen können, Schleicher habe dazu sein Einverständnis gegeben.

Zum dritten Absatz<sup>54</sup>: Die Behauptung Schleichers, er sei nach dem 31. Juli 1932 beim Reichspräsidenten nachdrücklich für eine Kanzlerschaft Hitlers eingetreten, widerspricht der Wahrheit. Wahr ist vielmehr, daß er und ich überzeugt waren, eine Kanzlerschaft Hitlers sei so lange unmöglich, als er nicht de facto dargetan habe, daß durch eine auf seine Weisung erfolgte Beteiligung der NSDAP an der Regierung er und die Partei gewillt seien, sich staatspolitisch verantwortlich – im Sinne der von meiner Regierung festgelegten Richtlinien – zu betätigen. Die Beteiligung der NSDAP an meiner Regierung wurde von mir und dem gesamten Kabinett als dringend wünschenswert betrachtet. Meine Unterhaltung mit Hitler am 13. August ist ganz in diesem Sinne geführt worden.

Es ist möglich, daß Schleicher, wie er angibt, „ein stundenlanges Gespräch mit Hitler auf dem Lande“, etwa um den 5. August, während meiner Abwesenheit zu kurzem Urlaub in Wallerfangen (2. bis 8. August) geführt hat, und wahrscheinlich hat er über dieses Gespräch dem Kabinett am 10. August nachmittags berichtet<sup>55</sup>. Nach weiteren Feststellungen habe ich am 10. August vormittags dem Herrn Reichspräsidenten Vortrag gehalten und ihn unterrichtet, daß bei der Besprechung des Generals von Schleicher mit Hitler der letztere die Kanzlerschaft gefordert habe<sup>56</sup>.

Wenn aber der Schulthess-Gechichtskalender und Herr von Schmidt-Pauli feststellen, ich hätte in der Zeit vom 8. bis 10. August (von meiner Rückkehr aus Wallerfangen bis zu diesem Vortrag) dem Gedanken einer Kanzlerschaft Hitlers nicht mehr unbedingt ablehnend gegenübergestanden (falls etwa der Reichspräsident sich für Hitler entscheiden sollte)<sup>57</sup>, so muß ich das als eine unwahre Behauptung oder als eine falsche Information bezeichnen. Eine Erinnerungstäuschung über eine solche Sinnesänderung ist ausgeschlossen. Bevor ich zum Reichspräsidenten ging, hatte jedenfalls Schleicher mich über das Ergebnis seiner Unterredung mit Hitler unterrichtet. Hätte

<sup>51</sup> F. von Papen, a.a.O., S. 194 f.

<sup>52</sup> Vgl. Dok. Nr. 5.

<sup>53</sup> F. von Papen, a.a.O., S. 224.

<sup>54</sup> Vgl. oben S. 89.

<sup>55</sup> W. Görnitz, a.a.O., S. 381.

<sup>56</sup> Schulthess' Europ. Gesch.Kal. 1932, S. 138. Vgl. dazu auch Dok. Nr. 3, Anfang.

<sup>57</sup> Schulthess' Europ. Gesch.Kal., a.a.O. E. von Schmidt-Pauli, a.a.O., S. 87. Ähnlich W. Görnitz, a.a.O., S. 381.



er in dieser unserer Besprechung und nachher beim Reichspräsidenten die Forderung einer Kanzlerschaft Hitlers unterstützt, so wäre doch dazu das Einverständnis meines Rücktritts nötig gewesen. Einen solchen Akt hätte ich niemals vergessen.

Es hat im Gegenteil nie ein Zweifel zwischen Schleicher und mir bestanden, daß zunächst nur die Beteiligung der NSDAP an der Regierung anzustreben sei und eine Kanzlerschaft Hitlers erst nach befriedigender Zusammenarbeit mit der Partei zur Debatte stehen könne. Diese Beteiligung der Partei hatte Schleicher mir doch in Aussicht gestellt<sup>58</sup>.

Es ist daher aus allen diesen Gründen ausgeschlossen, daß ich oder Schleicher dem Kabinett am 10. August nachmittags im Sinne der Ziffer 2 des Briefes Schleichers an den Staatssekretär Körner vom 5. August 1933 Bericht erstattet hätten<sup>59</sup>.

Die Ministeramts-Notiz des RWM vom 15. August sowie spätere Stellungnahmen früherer Mitarbeiter Schleichers, die von der Entschlossenheit Schleichers sprechen, sich für eine Kanzlerschaft Hitlers einzusetzen, können m. E. nur zu dem Zwecke erfolgt sein, die Ablehnung der Kanzlerschaft Hitlers später (wenn nötig) dem Reichspräsidenten in die Schuhe zu schieben. Schleicher, der möglicherweise Hitler am 5. August versprochen hatte, sich für dessen Kanzlerschaft einzusetzen, bedurfte eines Alibi. Daraus erklärt sich auch logisch die Darstellung im Briefe vom 30. Januar 1934<sup>60</sup>.

Als meine vor und am 13. August mit Hitler und seinen Beauftragten geführten Gespräche, deren Inhalt mit Schleicher genau abgestimmt war, klar herausstellten,

<sup>58</sup> „Außerdem“, fügt Herr von Papen hinzu, „hätte es jeder Logik widersprochen, wenn Schleicher nach dem 5. August eine Kanzlerschaft Hitlers befürwortet haben würde, nachdem er und ich am 20. Juli, also 14 Tage zuvor, zur Aktion gegen Preußen geschritten waren, aus der inneren Begründung, es müsse unter allen Umständen verhindert werden, die preußische Polizei in die Hände eines Nationalsozialisten fallen zu lassen, sobald die NSDAP nach der Preußen-Wahl vom 24. April die Regierung dort übernehmen werde.“

<sup>59</sup> Vgl. Dok. Nr. 1 und 2. Zu dieser Stelle bemerkt Herr von Papen außerdem: „Die Behauptung Schleichers zu Ziffer 2 (an Körner) ‚er (Schl.) habe vor jenem denkwürdigen 13. August sich sowohl im damaligen Reichskabinett wie bei mehreren Unterredungen beim Herrn R.Pr. nachdrücklichst für die Berufung Hitlers zum Kanzler eingesetzt. Das werden Ihnen sowohl alle Mitglieder des Kabinetts, wie vor allem auch der Vizekanzler von Papen und der Staatssekretär Meißner, die meine Bemühungen unterstützten, bestätigen können‘ – widerspricht übrigens völlig seiner Darstellung im Briefe an die Voss. Ztg. vom 30. Januar 1934. Dort hat er unter Ziffer 3 geschrieben: ‚Ich bin nach den Wahlen des 31. Juli 1932 nachdrücklich beim R.Pr. für die Kanzlerschaft Hitlers eingetreten. Adolf Hitler hatte mich in stundenlangem Spaziergang auf dem Lande von der Notwendigkeit seiner Kanzlerschaft überzeugt. Die Gegner dieser Entwicklung, deren Einfluß dann zur Absage des 13. August führte, sind mir bekannt, brauchen in dieser Richtigstellung aber nicht genannt werden.‘ Daß ich dieser Gegner bin (und evtl. noch Meißner?) ist ganz klar aus dem Briefe vom 30. 1. 34 ersichtlich. Also: einmal werde ich als Kronzeuge genannt für eine Unterstützung des Schleicherschen Kanzlerkandidaten Hitler und ein halbes Jahr später werde ich als heftiger Gegner dieses Planes hingestellt. Daß der Brief an Körner pro domo geschrieben wurde, zeigt die Abschrift an den Staatssekretär der Kanzlei Hitlers.“

<sup>60</sup> Der Sohn des Reichspräsidenten, Gen. Lt. a. D. Oskar von Hindenburg bestätigt diese Darstellung der Vorgänge in einem Schreiben vom 8. November 1957 an Herrn von Papen: „... Unabhängig hiervon kann ich Ihnen nur mitteilen, daß mir nichts davon bekannt war und ist, daß Sie oder Meißner vor dem 13. August 1932 beim Reichspräsidenten in irgendeiner Form für die Berufung Hitlers zum Kanzler eingetreten sind. Ich persönlich halte dies für völlig ausgeschlossen.“

daß mit einer Beteiligung Hitlers (oder von ihm Beauftragter) an meiner Regierung nicht zu rechnen war, hielt Schleicher darauf, daß die erwartete Absage des Reichspräsidenten am 13. August der Öffentlichkeit in möglichst schroffer Form mitgeteilt werden müsse. Ein so gehaltenes Kommuniqué hatte er mit Meißner schon vorbereitet. Ich erinnere mich daran sehr genau, weil Schleichers Wunsch, der NSDAP eine fühlbare Schlappe zu servieren, von mir in Hinsicht auf die anstehenden Reichstagsverhandlungen nicht voll geteilt wurde. Steht diese heftige Reaktion Schleichers nicht auch in einem psychologischen Widerspruch zu der Behauptung, Hitlers Ablehnung als Kanzler sei ganz gegen seinen, Schleichers, Willen erfolgt? Übrigens hat Schleicher unmittelbar nach dem 13. August einen Brief an den ihm gut bekannten Reichstagsabgeordneten O. Schmidt-Hannover (DNVP) gerichtet, in dem er „herzlich und spontan seiner offenbar ehrlichen Freude über die nun wohl endgültige Abfuhr Hitlers“ Ausdruck gab<sup>61</sup>.

Zum vierten Abschnitt<sup>62</sup>: Nach dem 13. August 1932 hat Schleicher, wie er schreibt, eine Kanzlerschaft Hitlers nicht mehr für möglich gehalten. Er führt dafür zwei Gründe an. Der Widerstand „des einzig einflußreichen Beraters“ des Reichspräsidenten sei unüberwindlich gewesen. Dieser Berater war doch offenbar ich und es ist völlig zutreffend, daß mein Widerstand unüberwindlich war. Daß der Widerstand des Reichspräsidenten gleichfalls unüberwindlich war, ist ebenfalls zutreffend. Nicht zutreffend ist nur, daß Schleicher dieser Widerstand erst nach dem 13. August bekannt geworden sei, denn es entspricht der Wahrheit, daß Schleicher die Auffassung des Reichspräsidenten und die meine seit Beginn meiner Regierung vollkommen teilte. Die „fast ungnädigen Worte“ des Reichspräsidenten anlässlich eines Gesprächs in Neudeck sind eine erfundene Staffage für diese Darstellung. Wann immer, in Neudeck oder Berlin, in meiner und Schleichers Gegenwart über das Problem Hitler gesprochen worden ist: niemals ist zwischen uns dreien eine Differenz in der Auffassung sichtbar geworden, Hitlers Betrauung sei gegenwärtig unmöglich.

Wichtig ist die Feststellung Schleichers, daß Hindenburg an seiner negativen Auffassung bis zum 26. Januar 1933 festgehalten habe. Sie unterstützt meine Darstellung, daß auch ich, „der einzig einflußreiche Berater“, bis dahin keinerlei Versuche unternommen habe, den Reichspräsidenten für eine Kanzlerschaft Hitlers zu gewinnen.

Schleicher behauptet, er habe sich angesichts der negativen Haltung des Reichspräsidenten und meiner selbst „um so mehr bemüht, die Nationalsozialisten wenigstens zur Mitarbeit zu gewinnen“. Die Tatsachen zeigen, daß dies bis zum Abschluß der Novemberwahlen unmöglich war. Ich erinnere an den „Potempa-Fall“ sowie an die Umstände, die am 12. September 1932 zur Auflösung des Reichstages führten. Wie wäre unter solchen Spannungen an eine „Mitarbeit“ der NSDAP zu denken gewesen?

Zum fünften Abschnitt<sup>63</sup>: Ist es zutreffend, daß Schleicher die Kanzlerschaft — wie er schreibt — ‚sehr gegen seinen Willen‘ übernommen hat? Meines Erachtens hat Schleicher die Kanzlerschaft zumindest seit der Reichstag-Tragödie vom 12. September planmäßig angestrebt.

Nach meinem Rücktritt, den ich auf Wunsch Schleichers erklärt hatte, entsandte dieser seinen Vertrauten, den Oberstlt. Ott, am 1. Dezember 1932 nach Weimar zu Hitler, um jenen zu bitten, in sein demnächst zu bildendes Kabinett als Vizekanzler einzutreten. Erstaunlich ist nur, daß jetzt, nach Fortfall meines Widerstandes, Schlei-

<sup>61</sup> Nach einer Mitteilung Schmidts-Hannover, der diesen Brief Schleichers aus Sicherheitsgründen verbrannte, während die Antwort Schmidts an Schleicher vom 18. August 1932 sich im Nachlaß Schleichers befindet.

<sup>62</sup> Vgl. oben S. 89.

<sup>63</sup> Vgl. oben S. 90.

cher nicht Hitler für die Kanzlerschaft zu gewinnen suchte. Weiterhin entsandte Schleicher in der zweiten Novemberhälfte meinen Staatssekretär E. Planck nach Paris, um den führenden Staatsmännern klarzumachen, die interne deutsche Lage erfordere es, einen General an die Spitze der Reichsregierung zu berufen. Man möge darin keinesfalls etwa einen beunruhigenden oder unfreundlichen Akt erblicken. Planck, mit Schleicher eng befreundet, hatte diese Reise mir gegenüber mit einem dringenden Erholungsurlaub motiviert.

Das schließt nicht aus, daß, wie auch Frhr. von Braun meint, Schleicher den Kanzlerposten nicht generell angestrebt habe und gern noch länger „in der Kulissee“ geblieben wäre, hätten die Umstände und eine mögliche Wiederkehr meiner Kanzlerschaft es ihm erlaubt. Er hat diesen Entschluß aber, wie vorstehend dargetan, nicht erst gefaßt, „weil das Kabinett dem wiederbetrauten Papan die Gefolgschaft versagte“. Dieser Akt des Kabinetts vom 2. Dezember 1932 war vielmehr eine Folge von Schleichers – ohne meine Kenntnis – geführten Besprechungen mit den einzelnen Ministern<sup>64</sup> und dem am 2. Dezember vorgetragenen Kriegsspiel durch Oberstlt. Ott<sup>65</sup>.

Schleicher spricht weiter von einer an ihn ergangenen Weisung des Reichspräsidenten, „die Nationalsozialisten zur Mitarbeit oder wenigstens zur Neutralität zu überreden, oder den bereits eingeleiteten Wiederaufbau Deutschlands im Kampf durchzuführen“. Diese Darstellung ist unhaltbar, soweit sie eine Weisung auf „Kampf“ betrifft.

Schleicher war am 2. Dezember zum Kanzler berufen worden, weil der Reichspräsident den Kampf nicht wollte und weil Schleicher ihm versprochen hatte, er werde dem Reichspräsidenten jeden Kampf und den Bruch der Verfassung ersparen. Er werde durch Spaltung der NSDAP eine parlamentarische Regierung zu bilden versuchen, die ein diktatorisches Regieren erübrige. In der Unterredung vom 1. Dezember zwischen dem Reichspräsidenten, Schleicher und mir hatte Hindenburg den Schleicherschen Vorschlag abgelehnt, weil er an seine Durchführung nicht glaubte. Erst der am 2. Dezember wiederholte Hinweis Schleichers, meine Wiederbetrauung werde den Bürgerkrieg unvermeidlich machen, und seine Darlegung, daß mit den vorhandenen Machtmitteln einem Bürgerkrieg nicht begegnet werden könne, haben den Reichspräsidenten bewogen, den mir gegebenen Auftrag zurückzuziehen und Schleicher mit der Kanzlerschaft zu betrauen. Daraus erhellt eindeutig, daß Schleicher bis zum Augenblick, da er dem Reichspräsidenten melden mußte, seine Bemühungen

<sup>64</sup> F. von Papan, a.a.O., S. 246.

<sup>65</sup> In einem Briefe vom 5. Juli 1957 schreibt Frhr. von Braun dazu an Herrn von Papan: „Das Kabinett . . . wurde am 2. Dezember 1932 . . . durch den im Auftrage von Schleicher von Major Ott nach den Kriegsspielen gehaltenen Vortrag dahin orientiert, daß im Falle einer Diktatur der Friede und die Ordnung im Reiche durch das Militär gegen die SA und SS, womöglich gegen das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold nicht aufrecht erhalten werden könne. Diese Auffassung war um so einleuchtender, da doch sehr viele Soldaten aller Ränge von der Disziplin, der Begeisterung, der verkündeten Opferbereitschaft des Nazismus im Gegensatz zur parlamentarischen Demokratie der damaligen Zeit stark berührt waren und man daher wohl mit starken inneren Widerständen bei den Soldaten bei etwaigen Kämpfen rechnen konnte. Die meisten Kabinettsmitglieder, zu denen auch ich gehörte, glaubten nicht, daß Papan nach dem Mißtrauensvotum des Reichstags vom 12. September die Schlagkraft besitzen könne, die ungemein schwierige Lage gegen das von allen guten Göttern verlassene Parlament (Kaas eingeschlossen) und die Nazis in ihrer Gesamtheit zu meistern, zumal die allgemeine Volkstimmung durch Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit gereizt war. Daß dem Reichspräsidenten die Betrauung Schleichers mit dem Kanzlerposten sehr schwer wurde, habe ich in meinem Buch „Von Ostpreußen bis Texas“ S. 258 ff. dargelegt.“

um Mitarbeit oder Neutralität der NSDAP seien endgültig gescheitert (am 23. Januar 1933), nicht eine Weisung auf „Kampf“ erhalten haben kann<sup>66</sup>.

Es ist noch Stellung zu nehmen zu dem Protokoll Meißners vom 2. Dezember 1932<sup>67</sup> (Aktennotiz über Besprechungen beim Reichspräsidenten am 1. und 2. Dezember 1932). Die hier gegebene Darstellung der Besprechung des Kanzlers und Schleichers beim Reichspräsidenten entspricht nicht den Tatsachen. Ich berufe mich auf die Schilderung dieser dramatischen Sitzung in meinen Memoiren<sup>68</sup>. Es ist weder zutreffend, daß zuerst der Reichswehrminister einen eingehenden Bericht über seine „Fühlungnahme mit den Nationalsozialisten und den anderen Parteien“ gegeben habe, noch ist an jenem Abend „als einmütige Auffassung aller Beteiligten“ festgestellt worden, „daß, zur Zeit wenigstens, Aussicht dafür, daß eine Reichstagsmehrheit das Kabinett Schleicher tolerieren würde, nicht gegeben sei, daß demgemäß ein Ersatz Papens durch Schleicher keine wesentliche Verbesserung der Lage bedeute und daß ein Kabinett Schleicher ebenso einem Konflikt mit dem Reichstag entgegengehe wie ein Kabinett Papen“.

Die Darstellung, der Unterzeichnete (Meißner) habe eine eingehende Würdigung der verfassungsrechtlichen Lage von sich gegeben, ist eine glatte Erfindung. Ich habe keine Erinnerung daran, daß Meißner bei dieser Besprechung anwesend gewesen wäre. Jedenfalls hat er nicht gesprochen. Da die Aktennotiz ausweislich der Datierung erst nach der Betrauung Schleichers mit dem Kanzleramt niedergelegt worden ist, kann man vermuten, daß der Hergang der Besprechung am 1. Dezember einer Darstellung Schleichers entspricht, die dann dem Staatssekretär Meißner gegeben wurde<sup>69</sup>.

Anders ist auch die Fassung nicht zu verstehen, die von der „Verletzung der Pflichten des Reichstags“ spricht und von den präsidialen Maßnahmen des Reichspräsidenten „um Deutschland vor Schaden zu bewahren, der aus einer Verletzung der Pflichten des Reichstags entstehen könnte“. Tatsächlich habe ich dem Reichspräsidenten vortragen, der vorhandene Staatsnotstand verlange eine Regierung ohne den Reichstag, was einen Bruch der beschworenen Verfassung bedeute. Die Verletzung des Eides liege also beim Reichspräsidenten und dem amtierenden Kanzler. Wie kann man da von einer Pflichtverletzung des Reichstages sprechen<sup>70</sup>? Dieses Meißnersche

<sup>66</sup> Frhr. von Braun schreibt dazu (a.a.O.): „Ich habe nie auch nur andeutungsweise davon gehört, daß Hindenburg eine Eventualvollmacht gegeben habe, den ‚Wiederaufbau im Kampf‘ durchzuführen. Das ist m. E. freie Erfindung von Schleicher. Weil er den Kampf nicht wollte, darum betraute Hindenburg ja Hitler mit dem Kanzlerposten, obwohl ihm dieser zuwider war.“

<sup>67</sup> Vgl. Dok. Nr. 6.

<sup>68</sup> F. von Papen, a.a.O., S. 243 ff.

<sup>69</sup> Zu Form und Inhalt des Meißnerschen Protokolls vermerkt Herr von Papen noch: „Eine solche Verdrehung der Tatsachen gegenüber einer so historischen Aussprache! Wenn Meißner, wie ich annehmen muß, nicht selbst am 1. 12. zugegen war, hätte er zumindest sein am 2. 12. nachmittags gefertigtes ‚Protokoll‘ mir zur Bestätigung zeigen müssen, zumal er auch bei meiner Verabschiedung am 2. 12. nicht zugegen war. Aber ich glaube nicht fehl zu gehen, daß Meißners Beschreibung der Vorgänge vom 1. und 2. 12. nach dem Diktat Schleichers erfolgt ist. Man weiß ja, wie schnell Dr. Meißner sich auf einen neuen Kanzler einzustellen wußte. Ich selbst habe das nach dem Abgang Dr. Brüning's mit Erstaunen wahrgenommen.“

<sup>70</sup> Anmerkung des Herausgebers: Der Bericht Meißners von der Zusage Hindenburgs, „alle erforderlichen präsidialen Maßnahmen zu ergreifen, um Deutschland vor einem Schaden zu bewahren, der aus einer Verletzung der Pflichten des Reichstages entstehen



Protokoll erweckt den Anschein, als ob ich mit dem Reichspräsidenten Theater gespielt hätte!

Ebensowenig entspricht die Darstellung Meißners den Vorgängen in der Kabinettsitzung, die ich zum 2. Dezember einberufen hatte. Als ob der Kanzler nicht existiert hätte, wird hier berichtet, daß Schleicher und Meißner über den Gang der Verhandlungen vom 1. Dezember und die Entscheidung des Reichspräsidenten das Kabinett unterrichtet hätten. Der Vortrag Ott wird als etwas ganz Nebensächliches erwähnt, obwohl gerade er den Beschluß des Kabinetts herbeiführte, den von Schleicher befürchteten Bürgerkrieg auf alle Fälle zu vermeiden. Die protokollarische Darstellung „verniedlicht“ die sehr ernste tatsächliche Lage und Entscheidung im Schleicherschen Sinne.

Zu der Feststellung Schleichers, „die nicht ungünstigen Aussichten für einen modus vivendi mit den Nationalsozialisten waren in dem Augenblick erledigt, als durch Papens hinter meinem Rücken geführte Verhandlungen die Möglichkeit für neue Kombinationen sichtbar wurde“, ist zu sagen:

Ein „modus vivendi“ wäre Mitarbeit oder Neutralität gewesen. Beide Möglichkeiten schienen aber bereits erschöpft, als meine „hinter seinem Rücken geführten“ Verhandlungen mit Hitler am 4. Januar 1933 in Köln stattfanden. Otts Mission, Hitler als Vizekanzler zu gewinnen, war bereits am 1. Dezember gescheitert. Dann hatte Schleicher diesen Posten Gregor Strasser angeboten, sei es mit oder ohne Zustimmung Hitlers. Dieser Plan hatte sich Ende Dezember als undurchführbar erwiesen. In der parteiinternen Auseinandersetzung zwischen Hitler, Strasser und dem Führungsgremium gelang es Hitler, jede Parteisplaltung zu verhindern. Strassers evtl. Eintritt in das Kabinett hätte also eine parlamentarische Mehrheit für Schleicher nicht schaffen können – zumal, wie sich Ende Januar zeigte, auch die SPD gegen jede Beteiligung an seiner Regierung war.

Auch die Möglichkeit einer Neutralität war durch die Vorgänge innerhalb der NSDAP seit Dezember ausgeschlossen. Ein „modus vivendi“ hat also nie in Aussicht gestanden, nachdem auch die am 11. Januar 1933 stattgefundene Unterhaltung Strassers mit dem Reichspräsidenten erfolglos blieb.

Welches sind „die neuen Kombinationen“, die nach Schleichers Ansicht zufolge meiner Unterredung mit Hitler am 4. Januar 1933 sichtbar wurden?

Die ausgedehnten prozessualen Untersuchungen über Hergang und Inhalt der Kölner Besprechung haben festgestellt, daß es sich dort nur um eine „unverbindliche Aussprache“ gehandelt hat. Die Aussprache war dem Bestreben gewidmet, das Schleicher selbst erfüllte: eine Beteiligung der NSDAP in irgendeiner Form an dessen Regierung. Sie war keinesfalls gegen Schleichers Interessen gerichtet. Die dokumentarische Feststellung erweist, daß Schleicher bereits die Morgenpresse des 5. Januar 1933 gegen mich mobil gemacht hatte und daß die Versuche vielfacher Mißdeutung zu einer Legende über Inhalt und Wert der Kölner Besprechung geführt haben<sup>71</sup>.

könnte“, ist in der vorliegenden – wohl eilig erfolgten – Formulierung geeignet, zu Mißverständnissen zu führen. Es kann sich vielmehr nur darum gehandelt haben, daß eine „Pflichtverletzung“ von seiten des Reichstages erwartet wurde, ein Versagen des Parlamentes hinsichtlich der ihm verfassungsmäßig zuerteilten „Pflichten“. Das aber wäre dann gleichbedeutend mit dem Staatsnotstand gewesen, den Herr von Papen oben als Voraussetzung für seine damaligen Vorschläge erwähnt.

<sup>71</sup> Beruf. Urteil von 1949, S. 29: „Die Kombinationen der Presse haben zu einer Legendenbildung geführt, die dem wahren Geschehen nicht entspricht.“



Endlich bleibt noch Stellung zu nehmen zu der Darlegung Schleichers: „Blieb der Kampf, für den alle Vorbereitungen sorgfältig getroffen waren, und der meiner festen Überzeugung nach zum Erfolg geführt hätte, wenn nicht plötzlich die feierlich zugesagte Unterstützung des Reichspräsidenten ausgeblieben wäre.“

Die Vorbereitungen für den Kampf eines diktatorisch geleiteten Kabinetts hatten geistiger und materieller Art zu sein. In geistiger Hinsicht hatte der Innenminister meiner Regierung, Frhr. von Gayl, nach mehrfachen Rücksprachen Vorschläge zu einer Verfassungsänderung ausarbeiten lassen. Sie betrafen die Verbesserung des Wahlrechts der Weimarer Verfassung und die Begründung einer ersten Kammer, als Korrektiv gegen staatsgefährdende Beschlüsse allmächtiger Majoritäten des Reichstags. Diese Reformen, auch von Schleicher gebilligt, würden eine bessere Funktion des parlamentarisch-demokratischen Lebens gewährleisten haben.

In materieller Hinsicht hatte Schleicher schon am 2. Dezember 1932 dem Kabinett erklärt, daß er alle Vorbereitungen getroffen habe, um im Falle eines Ausnahmezustandes die Funktion des Staatsapparates sicherzustellen. Indessen habe das angestellte Kriegsspiel ergeben, daß sie nicht ausreichend seien<sup>72</sup>. Wie jedoch hätten sie Ende Januar 1933 nach Schleichers „fester Überzeugung“ zum Erfolge führen können?

Wenn Schleicher weiter behauptet, „die feierlich zugesagte Unterstützung des Reichspräsidenten (für die Erklärung des Staatsnotstandes) sei plötzlich ausgeblieben“ und es sei durchaus nicht vorzusehen gewesen, daß der Reichspräsident ihm die Vollmachten nicht geben werde, weil er ihn schon 14 Tage zuvor zur Reichstagsauflösung gedrängt habe, so wird man nur einen Rückblick auf die Tage vom 10. bis 26. Januar zu werfen haben, um festzustellen, daß auch diese Darstellung nicht zutreffen kann<sup>73</sup>. Die Zusicherung der Erteilung von Ausnahme-Vollmachten ist schon deshalb nicht glaubhaft, weil der Reichspräsident den Kampf nicht wollte und Schleicher zu einer einvernehmlichen Lösung berufen hatte. Ab Mitte Januar war alles im Fluß und nichts deutete an, daß der Reichspräsident den Kanzler zur Auflösung gedrängt habe. „Die nüchternen Tatsachen“, die Schleicher für seine Darstellung zitiert, sahen anders aus.

Zum sechsten Abschnitt<sup>74</sup>: Die Stellungnahme Schleichers zu diesem Punkt halte ich für durchaus begründet. Seine Auffassung ist von vielen von uns, die durch die Schule der Armee und des Generalstabes gegangen sind, geteilt worden. Die Zitierung von Dr. Goebbels in diesem Zusammenhang ist wohl nur eine Verbeugung vor dem Regime.

Zum siebenten Abschnitt<sup>75</sup>: Schleicher weist den Vorwurf zurück, „die sozialrevolutionäre Verschärfung der Volksstimmung habe unter seiner Kanzlerschaft von Woche zu Woche zugenommen“. Es dürfte zutreffen, daß der Kanzlerwechsel vom 2. Dezember 1932 von psychologischer Rückwirkung auf den eben fühlbar werdenden wirtschaftlichen Aufstieg gewesen ist. Die Spannungen, die Schleicher leugnet, hat er offenbar selbst empfunden, als er die ihm sehr nahestehende „Tägliche Rundschau“ am 28. Januar 1933 schreiben ließ: „Ein Diktatur-Kabinett Papen mit den Deutschnationalen werde die Spannung im Volke bis zur Siedehitze steigern und müsse zu einer Präsidentenkrise führen.“ Wer in dieser bedrohlich-aufgeregten Zeit eine Krise um das Staatsoberhaupt an die Wand malte, mußte in der Tat die Spannung als staatsgefährdend empfunden haben.

<sup>72</sup> Vgl. die Niederschrift Otts bei F. von Papen, a.a.O., S. 247 f.

<sup>73</sup> Vgl. die chronologische Tagesübersicht bei F. von Papen, a.a.O., S. 261 ff.

<sup>74</sup> Vgl. oben S. 90.

<sup>75</sup> Vgl. oben S. 90.

Es scheint kein überzeugendes Argument, wenn Schleicher darlegt, wir seien dem Kommunismus in Deutschland nie so fern gewesen, wie in den zwei Monaten seiner Regierung, in denen – trotz Aufhebung aller Ausnahmebestimmungen – kein Schuß gefallen sei. Schleicher selbst hat mir gegenüber oft die Meinung vertreten, es sei die gegenwärtig dringendste staatsmännische Aufgabe, alles zu tun, um die so außergewöhnlich angeschwollene nationalsozialistische Partei, in ihrer heterogenen Zusammensetzung, nicht in die Arme des Kommunismus zu treiben.

Es ist schwer zu sagen, weshalb Schleicher in diesem Brief seine eigene Auffassung zum Problem Hitler so ganz anders dargestellt, als sie in Wirklichkeit 1932/33 gewesen ist.

gez. F. von Papen.

Wir wollen zusammenfassen. Zwischen den durchaus im eigenen Interesse geschriebenen sowie aus der damaligen persönlichen Situation zu verstehenden Briefen Schleichers und der jüngsten Niederschrift Papens liegen immer noch viele Unklarheiten. Papen bleibt dabei, die gemeinsame politische Linie, die ihn mit seinem Kabinett – und somit auch mit Schleicher – verband<sup>76</sup>, stark zu betonen. In dieses Bild paßt jedoch, damals wie heute, die Realität des selbständig und durchaus mit Verantwortungsgefühl handelnden Politikers Schleicher schlecht hinein, – des Mannes, der von einer ungewöhnlichen, aber historisch erklärbaren Position aus zumindest ein Ziel mit gleichbleibendem Nachdruck verfolgte: alles zu tun, um die nationalsozialistische Massenbewegung samt ihren militanten Organisationen in eine enge ernst gemeinte, durch politische Pflichten gekennzeichnete Verbindung zum Staat zu bringen oder zu – nötigen. Im Hinblick auf dieses Ziel stimmte er lange Zeit mit Brüning überein, lenkte er den Blick auf Papen, bemühte er sich um Hitler, scheiterte er schließlich selbst. Die NSDAP sah in ihm den Gegner, sobald sie zu erkennen vermochte, mit welchen inhaltlichen, personellen, ja selbst gouvernemental-technischen Vorbehalten diese Politik ihr gegenüber geführt wurde. Sie hielt ihn für fähig, zu der persönlichen Niederlage Hitlers am 13. August 1932 beigetragen zu haben.

Damit kommen wir zu den Einzelheiten, die zum Teil vorerst ungeklärt bleiben müssen. Es konnte gezeigt werden, daß Schleicher nach den Wahlen des 31. Juli 1932 – äußerlich gesehen – für kurze Zeit aus der präsidentialen Phalanx ausgebrochen ist. Dabei war die vorübergehende „Einsicht“, eine Kanzlerschaft Hitlers würde am ehesten die blutige Wildheit jener Tage dämpfen, doch nur eine Variante bereits monatealter Auffassungen. Eine Variante, auf die er, nach Kenntnisnahme der Haltung des Reichspräsidenten, wieder verzichten zu können glaubte, ohne dabei den Ausgang des 13. August als Triumph der Regierungspolitik zu empfinden.

War Schleicher wirklich beim Reichspräsidenten? Während Papen noch heute einen derartigen Besuch mitsamt den geschilderten Einzelheiten für freie Erfindung hält, erschien bereits den Nationalsozialisten ein Gespräch „unter vier

<sup>76</sup> Vgl. dazu auch die Charakterisierung des Kabinetts durch L. Graf Schwerin von Krosigk, Es geschah in Deutschland, Tübingen und Stuttgart 1951, S. 146.

Augen“, wemgleich nach ihrer Meinung gegen die Interessen Hitlers gerichtet, sehr wahrscheinlich. Nach dem inhaltlichen und grammatischen „Befund“ der Niederschrift Schleichers<sup>77</sup> wäre die dort genannte Besprechung in Neudeck auf die Zeit vor dem 13. August zu legen. Hiervon und auch untereinander unabhängig bezeugen zwei ehemalige Mitarbeiter Schleichers, daß dieser bei Hindenburg sich für die Kanzlerschaft Hitlers eingesetzt habe<sup>78</sup>; ein dritter bestätigt auf Anfrage, der General sei „um den 12. August“ beim Reichspräsidenten gewesen<sup>79</sup>. Einer von ihnen setzt zwar diese Intervention auf „Ende August“ an – was nicht stimmen kann –, stützt aber die Erinnerung Schleichers an die „fast ungnädigen Worte“ Hindenburgs in Neudeck. Er schreibt (1949): „... Nach der diesbezüglichen Besprechung beim Reichspräsidenten sagte er (sc. Schleicher): ‚Der alte Herr hat den Gedanken schroff abgelehnt und mir dann ziemlich unfreundlich gesagt: – Man sagt mir, Sie wollten mich den Nazis ausliefern. – Darauf habe ich ihm dann etwas beruhigt‘“<sup>80</sup>. Die Zeit für die Möglichkeit eines solchen Gespräches kann nur zwischen dem frischen Eindruck des Wahlergebnisses sowie der Fühlungnahme mit Hitler einerseits und dem – seit dem 10. August mit Hindenburg und Papen gemeinsam betriebenen – Vizekanzler-Plan andererseits gelegen haben. Aus der Sammlung der täglich von Bredow zusammengestellten „Kurzorientierungen“, die Schleicher so regelmäßig wie möglich abzuzeichnen pflegte, geht einwandfrei hervor, daß der General zwei Tage, den ganzen 8. und bis zum Abend des 9. August, vom Reichswehrministerium abwesend war<sup>81</sup>. Von den Männern, die über die damaligen politischen Besprechungen beim Reichspräsidenten etwas aussagen können, lebt außer Papen nur mehr Oskar von Hindenburg. Auch er glaubt nicht daran, daß Schleicher „am 13. August 1932 bzw. vor diesem Datum“ eine Kanzlerschaft Hitlers vorgeschlagen haben könnte<sup>82</sup>.

Nun ein Wort zu dem Widerspruch, den Papen bei der Nennung seiner Person in beiden Briefen Schleichers erblickt<sup>83</sup>. Er bezieht sich auf die von Schleicher genannten „Gegner dieser Entwicklung“ und etwas später auf den „einzig einflußreichen Berater“. Mit den „Gegnern“ ist nach seinem Empfinden er („und evtl. noch Meißner?“), mit dem „Berater“ „doch offenbar“ er allein gemeint. Gewiß, der Einfluß Papens stieg und vermochte gegen Ende des Jahres denjenigen Schleichers auszustechen. Es ist aber schwer einzusehen, daß der General – auch nachträglich – bei den Mitte August 1932 verhandelten Affären in dem erst zwei-

<sup>77</sup> Vgl. oben S. 00, Dok. Nr. 2, vierter Abschnitt.

<sup>78</sup> Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 218, fol. 1 ff.; Nr. 248, fol. 6 und 12.

<sup>79</sup> Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 279, fol. 26.

<sup>80</sup> Zeugenschrifttum Nr. 248, fol. 12.

<sup>81</sup> Kurzorientierungen des Ministeramtes im Reichswehrministerium, Fotokopie im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Fa 72.

<sup>82</sup> Schreiben des Gen. Lt. a. D. Oskar von Hindenburg an Herrn von Papen vom 21. November 1957.

<sup>83</sup> Vgl. oben Anm. 59 und S. 110.

einhalb Monate als Reichskanzler amtierenden und bisherigen politischen Außen-seiter Papen bereits „den einzig einflußreichen Berater des Reichspräsidenten“ gesehen haben soll. Er nennt den „Berater“ und die „Gegner“ so wenig beim Namen wie er andererseits in dem Briefe an Körner sich auf die Namen Papens und Meißners als hoher Amtsträger bezogen hat. Es bleibt daher die Frage, ob nicht dieser „Berater“ und sicher auch die „Gegner“ in der engsten privaten Umgebung Hindenburgs zu suchen sind.

Zu den Andeutungen Schleichers, daß seine Kontakte mit der NSDAP nach dem 13. August weiterliefen („Ich habe Hitler über meine Beurteilung der Lage nicht im unklaren gelassen und mich deshalb um so mehr bemüht, die Nationalsozialisten wenigstens zur Mitarbeit zu gewinnen“), hat Papen keine Stellung genommen. Die Türen waren keineswegs zugeschlagen. Zeitgenössische Hinweise auf Bestrebungen Schleichers und Papens, die Verbindung zu Hitler nicht abreißen zu lassen<sup>84</sup>, ja sogar auf eine Zusammenkunft der drei an neutraler Stelle<sup>85</sup>, lassen wir dahingestellt. Aber schon am 22. August nahm, wie wir sahen, ein Bevollmächtigter Hitlers Fühlung mit dem Wehrministerium auf<sup>86</sup> und setzte seine Gespräche im September mit dem Leiter der Wehrmachtsabteilung fort; noch vor der Reichstagsauflösung scheint auch eine weitere Aussprache Schleichers mit Gregor Strasser stattgefunden zu haben. Und Papen selbst betonte am 15. August vor dem Kabinett, es bleibe nach wie vor notwendig, die nationalsozialistische Bewegung als „tragenden Faktor“ an den Staat heranzubringen, nur dürfe der Staat nicht an Hitler ausgeliefert werden<sup>87</sup>. Für Schleicher blieb jedenfalls die Entwicklung dauernd im Fluß, eine Auffassung, gegen die auch die oben abgedruckte Materialstudie über den „Treibbruch der nationalsozialistischen Führung“<sup>88</sup> praktisch nichts aussagt. Vor dem Kabinett hatte er die Notwendigkeit des taktisch richtigen Verhaltens, das den „Gegner“ im „Unrecht“ lassen müsse, hervorgehoben.

Man wird nicht sagen können, daß sich Schleicher die sich selbst gestellte Aufgabe leicht gemacht hat. Die Mission Otts nach Weimar – der letzte Versuch mit Hitler – und die konkreten Verhandlungen mit und in Richtung auf Strasser Ende November/Anfang Dezember konnten und können für den Kenner der Dinge keine „entscheidende Wendung“, wie Papen meint, bedeuten. Wie weit kurz vor dem 1. Dezember eine „Lösung Schleicher“ oder ein Kabinett Schleicher bereits gegenüber Hindenburg spruchreif war, läßt sich auch aus der Aktennotiz Meißners<sup>89</sup> nicht ersehen. Ihre Mängel, auf die auch Papen

<sup>84</sup> J. Goebbels, a.a.O., S. 146 bzw. 147 (13. bzw. 16. August 1932).

<sup>85</sup> E. von Schmidt-Pauli, a.a.O., S. 131 f.; J. Goebbels, a.a.O., S. 152.

<sup>86</sup> Vgl. oben S. 101 f.

<sup>87</sup> Protokoll der Ministerbesprechung vom 15. August 1932 (Akten der Reichskanzlei), a.a.O. (vgl. Anm. 53).

<sup>88</sup> Vgl. Dok. Nr. 5.

<sup>89</sup> Vgl. Dok. Nr. 6.

hinweist, sind offensichtlich. Leider fehlt in der einschlägigen Sammlung der Reichskanzlei ein Protokoll der Ministerbesprechung vom 2. Dezember; eine kurze Notiz teilt lediglich die Tatsache mit<sup>90</sup>. Daß sie dramatisch verlief, weiß auch Schwerin-Krosigk zu berichten<sup>91</sup>. Indessen scheint die Abneigung einzelner Minister gegen den scharfen Kurs Papens schon etwas früher bestanden zu haben. Kurzum: Schleicher war der Auffassung, daß die Absichten Papens 90% des Volkes zu erbitterten Feinden der Regierung machen würden<sup>92</sup>, und meinte, die Reichswehr bei ihrer gleichzeitigen Grenzschutzverpflichtung nicht einem Zweifronten-Bürgerkrieg aussetzen zu sollen. So stellte er sich, wenngleich zögernd, für das Amt des Reichskanzlers zur Verfügung, um die weit verbreitete Antipathie gegen die Regierung nach Möglichkeit auf die radikale Rechte zu reduzieren –, unter Verzicht auf die großangelegten Verfassungs- und Wahlrechtsreformpläne Papens und Gayls und sein Programm beschränkend auf das Gebiet der Sozialpolitik und der Arbeitsbeschaffung.

Die Gegenkräfte erwiesen sich als stärker und setzten Ende Januar 1933 den letzten Reichskanzler des Weimarer Staates matt. Daß Hindenburg nicht mehr imstande gewesen sei, einen Unterschied in den Gründen zu finden, die am 1. Dezember durch Papen und am 28. Januar durch Schleicher vorgetragen wurden, um Vollmachten für die Auflösung des Reichstages zu erhalten, ist heute auch die Meinung Papens<sup>93</sup>.

*Thilo Vogelsang*

<sup>90</sup> Protokollsammlung der Ministerbesprechungen vom 1. Juni 1932 bis 30. Januar 1933 aus den Akten der Reichskanzlei, Mikrofilm im Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, MA 88, fol. D 791 241.

<sup>91</sup> L. Graf Schwerin von Krosigk, a.a.O., S. 146. Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 145, Bd. 3, fol. 33 ff.

<sup>92</sup> Ausführungen Schleichers auf einer Befehlshaberbesprechung Mitte Dezember 1932, in: Neue Dokumente zur Geschichte der Reichswehr 1930–1933, in dieser Zeitschrift 2 (1954), S. 427.

<sup>93</sup> Archiv des Instituts für Zeitgeschichte, Zeugenschrifttum Nr. 354, Bd 2, fol. 3.

#### MITARBEITER DIESES HEFTES

Dr. Walter L. Dorn, Professor für Geschichte an der Columbia University in the City of New York, 464 River Side Drive, New York 27, N. Y.

Dr. Jack J. Roth, Assistant Professor für Geschichte an der Roosevelt University in Chicago, 450 South Michigan Av., Chicago 5, Ill.

Dr. Kurt Sontheimer, Assistent am Seminar für Wissenschaftliche Politik an der Universität Freiburg / Brsg., Sternwaldstraße 41.

Constantin Graf Stamati, Freiburg / Brsg., Matthias-Grünwald-Straße 10.

Dr. Thilo Vogelsang, Leiter der Bibliothek des Instituts für Zeitgeschichte München, München 27, Möhlnstraße 26.